



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 15/16
Dienstag, 14. November 2006
16:07 - 21:29 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 28.11.06

Vorsitz:	Dr. Paul Bösch	OeBS
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	Nichtmitglied
Stimmzähler:	Erwin Sutter Rolf Amstad	EDU SP
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 48 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Dieter Amsler	FDP
Anfang der Sitzung:	SR Thomas Feurer Theres Brambrink Rolf Amstad Urs Tanner	Sozialreferent FDP SP SP
2. Teil der Sitzung:	Marcel Wenger	Stadtpräsident

TRAKTANDEN

- 1 **Voranschlag 2007 der Einwohnergemeinde
Schaffhausen, Leistungsauftrag/Globalbudget 2007
der WoV-Abteilung**

Seite 456

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG	TITEL DES GESCHÄFTES	
07.01.03	VdSR-Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion	SPK
16.05.06	VdSR Erneuerung der Kehrriechtbehandlungsanlage KBA Hard in Beringen, Projekt und Kostenvoranschlag	SPK
13.06.06	VdSR Totalrevision der Feuerwehrverordnung und der Tarifverordnung für die Verrechnung von kostenpflichtigen Feuerwehreinsätzen der Stadt Schaffhauen	SPK
20.06.06	Motion Walter Hotz (FDP): Eckwerte Leistungsauftrag für Stadzug Schaffhauser Polizei	
27.06.06	Vorlage des Ratsbüros Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates Schaffhausen (Einführung des Postulates)	SPK
31.07.06	Vorlage des Stadtrates vom 4. Juli 2006: Einführung WoV- Betrieb nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen	SPK
15.08.06	Interpellation Kurt Zubler (SP): Integration behinderter Kinder in städtischen Kinderkrippen	
22.08.06	Interpellation Peter Möller (SP): Schwimmunterricht an den Stadt Schaffhauser Schulen	
31.10.06	VdSR Anpassungen des städtischen Rechts an das Partnerschaftsgesetz, an die Verordnung über die Einbürgerungsgebühren und an das Krankenversicherungsgesetz	GPK
31.10.06	VdSR Wasserwerk der Stadt Schaffhausen (WWS), Tarifordnung 2007 (TO 07)	GPK
14.11.06	VdSR Zusätzlicher Feiertag für Mitarbeitende bis und mit Alter 49	
14.11.06	Fraktionsübergreifende Motion von Peter Neukomm (SP): Aufwertung der Parlamentsarbeit	14.11.06

2006 Kleine Anfragen:

10	Mehmet Ertogrul (SP)	Qualifikationsgespräche mit den Lehrpersonen	14.08.06
11	Alfred Zollinger (SVP)	Städtetreffen Winterthur/St. Gallen/Schaffhausen	16.09.06
12	Edgar Zehnder (SVP)	Herrenacker, sind wir auf Kurs?	24.09.06
13	Martin Roost (parteilos)	Verkehrssicherung Bahnhofstrasse	30.09.06
14	Nihat Tektas (FDP)	Arbeitsgruppe „Attraktivierung Altstadt“	05.10.06
15	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Einzonung und Erschliessung von Bauland für gehobene Ansprüche	30.10.06

5. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2007 benötigten fremden Mittel zu beschaffen.
-

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Dr. Paul Bösch (OeBS) eröffnet die heutige Doppelratssitzung Nr. 15/16 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, des Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien - die heute genügend Futter zum Füllen ihrer Spalten erhalten werden - sowie der Gäste auf der Tribüne. Grossstadtrat **Oliver Mank (SVP)** wird vom **Ratspräsidenten** zu seiner ersten Ratssitzung begrüsst sowie auch Thomas Jaquet, Leiter Zentralverwaltung, der sich für allfällige Fragen betreffend Traktandum 1 zur Verfügung stellt.

MITTEILUNGEN

Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- VdSR Anpassung des städtischen Rechts an das Partnerschaftsgesetz, an die Verordnung über die Einbürgerungsgebühren und an das Krankenversicherungsgesetz vom 31.10.06
- VdSR Wasserwerk der Stadt Schaffhausen (WWS), Tarifordnung 2007 (TO 07) vom 31.10.06
Das Büro schlägt vor, diese beiden Vorlagen der GPK zur Vorberatung zuzuweisen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- Neues Mitgliederverzeichnis und aktualisierter Sitzplan GrSR
- Einladung zur Podiumsdiskussion vom 22.11.06 in der Rathauslaube zum Thema: Schaffhausen - Im Sandwich zwischen den Atomlagern Benken und Tengen?
- VdSR Zusätzlicher Ferientag für Mitarbeitende bis und mit Alter 49 vom 14.11.06
- Antwort des Stadtrates auf Kleine Anfrage Nr. 8/2006, Martin Egger (FDP): Finanzielle Unterstützung für ein Gutachten von John Large, vom 14.11.06

PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 14 vom 31.10.06 wurde vom Ratsbüro geprüft und liegt bei der Ratssekretärin zur Einsichtnahme auf. Es werden keine Änderungsanträge gemacht.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

**Traktandum 1 Voranschlag 2007 der Einwohnergemeinde Schaffhausen,
Leistungsauftrag/Globalbudget 2007 der WoV-Abteilung**

Alfred Zollinger (SVP)

GPK-Sprecher

"Als GPK-Präsident darf ich Sie auf die heutige Budget-Debatte einstimmen. Ich bin überzeugt, dass sich alle Fraktionen ausgiebig mit der Botschaft des Stadtrates vom 19. September 2006 und den dazugehörenden Budgetunterlagen befasst haben.

Deshalb werde ich mich auf die wesentlichsten Punkte beschränken. Die von der GPK gestellten Nachträge und Anträge zum Budget 2007, die ich noch speziell begründen werde, wurden Ihnen bereits letzte Woche zugestellt.

Gemäss der **Botschaft** des Stadtrates zum Voranschlag 2007 resultiert in der laufenden Rechnung ein Ertragsüberschuss, siehe Seite 4, von Fr. 42'500.-- und in der Investitionsrechnung, siehe Seite 6, ein Ausgabenüberschuss von Fr. 9'611'900.--. Diese Zahlen wurden auch an der Pressekonferenz vom 20. September 2006 präsentiert.

Die Schwerpunkte des vorliegenden Budgets betreffend laufender Rechnung sind auf Seite 3, die wesentlichsten Details betreffend Mehraufwendungen/ Mindereinnahmen gegenüber dem Budget 2006 auf den Seiten 5 und 6 und die grösseren Investitionen auf Seite 6 der Botschaft des Stadtrates aufgelistet.

Auf Seite 7 ist das Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung zu finden. Diese Seite musste infolge eines Schreibfehlers, je 3 Nullen zu viel bei Einlagen, beziehungsweise Entnahmen Fonds und Spezialfinanzierungen, korrigiert werden.

Der „Finanzierungsfehlbetrag Gesamt“ von Fr. 3'998'700.-- erfährt aber keine Änderung.

Die Kennzahlen auf Seite 4 der Botschaft haben sich, mit Ausnahme der Zinsbelastungsquote, gegenüber dem Budget 2006 erfreulich entwickelt.

Innerhalb der GPK wurde das Budget wie folgt behandelt:

Am 20. September 2006 stellte die Finanzreferentin die Hauptpunkte des Budgets vor. Sie wies auf eines der Hauptziele hin, das sich der Stadtrat für das Budget 2007 gesetzt und auch erreicht hat, nämlich eine Entlastung von Fr. 3 Mio. Diese frei werdenden Mittel werden je zu einem Drittel in zukunftsgerichtete Investitionen, das heisst Sanierung des Steingutschulhauses und der Turnhalle Emmersberg, für den Schuldenabbau und für eine massvolle Steuerfusssenkung eingesetzt.

Speziell wurde darauf hingewiesen, dass eine grosse Unsicherheit, beziehungsweise Schwierigkeit bestand in der Umsetzung des neuen Personalgesetzes und der Quantifizierung der daraus erwachsenden Mehraufwendungen. Budgetiert wurden total Fr. 88 Mio., siehe Position 30 Personalaufwand auf Seite 7 des Voranschlags 2007.

Zusätzlich wurde ein Korrekturfaktor Personalaufwendungen von Fr. 1 Mio. auf Konto 0280/301.011, Seite 22, eingeplant. Dieser Betrag sollte aufgrund der am 20. September 2006 bekannten Voraussetzungen als relativ „sicher budgetiert“ betrachtet werden können.

Es wurde auch auf den Fehler auf Seite 2 der Botschaft hingewiesen. Der letzte Satz im 2. Abschnitt ist wie folgt abzuändern: *„Diese zusätzlichen Einnahmen werden in der Rechnung 2006 ausgewiesen werden können“* (nicht 2007).

Die GPK trat einstimmig auf den Voranschlag 2007 ein, der in der laufenden Rechnung einen Ertragsüberschuss von Fr. 42'500.-- und in der Investitionsrechnung einen Ausgabenüberschuss von Fr. 9'611'900.-- aufweist. Darin inbegriffen ist eine Steuerfusssenkung um 1% auf 107%.

Danach wurden zwei Dreiergruppen gebildet und die zu überprüfenden Budgetpositionen, inklusive WoV-Bereich „Bereich Stadtgärtnerei“ zugeteilt. Der Sprechende wirkte in beiden Gruppen mit. Fragenkataloge wurden erstellt und eingereicht.

Am 26. Oktober 2006 fand die erste Beantwortungsrunde der gestellten Fragen statt. Anwesend waren die Finanzreferentin Veronika Heller, Thomas Jaquet/Leiter Zentralverwaltung, Alfred Stamm/Leiter FIKO und teilweise Werner Bianchi/Leiter Controlling.

Bevor auf die Fragen eingegangen wurde, gab das Mail vom 21. September 2006, das am 27. September 2006 an alle GPK-Mitglieder weitergeleitet worden ist, des Amtes für Justiz und Gemeinden des Kantons Schaffhausen einiges zu diskutieren. Darin wurde nämlich mitgeteilt, dass sich der Finanzausgleich 2007 gemäss Hochrechnung auf Fr. 914'060.-- und nicht wie budgetiert auf Fr. 680'000.-- belaufe.

Dadurch veränderte sich der am 20. September 2006 präsentierte Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung von Fr. 42'500.-- in einen Ausgabenüberschuss von Fr. 191'500.--. Vor allem der *Zeitpunkt*, einen Tag nach der Pressekonferenz, gab zu reden.

Im Auftrage der GPK erkundigte ich mich beim Kanton über den Ablauf und erhielt die folgende Antwort: *„Die Daten für die Hochrechnung liegen jeweils erst Ende September/anfangs Oktober vor und müssen danach ausgewertet werden, was einige Zeit braucht. Sobald die Anteile der einzelnen Gemeinden ausgerechnet sind, erfolgt sofort eine diesbezügliche Mitteilung. Eine Anfrage der Stadt, einige Wochen vor dem Budgettermin, konnte aus den erwähnten Gründen nicht in einem früheren Zeitpunkt beantwortet werden“.*

Sie sehen, so schnell verwandelt sich ein Ertragsüberschuss in einen Ausgabenüberschuss, ohne einen eigenen Beitrag geleistet zu haben! Das Budget wurde dieses Jahr einen Monat früher behandelt, somit waren die Zahlen damals - bei einer Behandlung des Budgets im Dezember - jeweils bereits vorhanden.

Danach wurde in Anwesenheit des Bereichsleiters, Felix Guhl, die Leistungsvereinbarung des WoV-Bereiches „Stadtgärtnerei“ besprochen.

Die detaillierten Informationen können den Leistungsvereinbarungen entnommen werden. Der Bereichsleiter wurde unter anderem darauf angesprochen, warum auf Seite 18, 02.01 Bestattungen, keine Leistungsziele definiert worden sind.

Die Antwort auf diese Frage lautet wie folgt: Da dieses Jahr als Übergangslösung bis zur Neuorganisation der WoV-Betriebe bezeichnet werden kann und aufgrund der Neuzuteilung des Bestattungsamtes in die Einwohnerdienste, ist im Steuerungsausschuss beschlossen worden, so wenig wie möglich an den zurzeit bestehenden Produktebeschreibungen, inklusive Leistungszielen zu ändern. Ein korrekter Produktebeschrieb, inklusive ökologische Leistungsziele ist deshalb erst ab der Neuorganisation der WoV-Betriebe vorgesehen.

Betreffend Nischenarbeitsplätze wurde festgehalten, dass 5 Plätze das Maximum sind, was rund 10% des Personalbestandes entspricht. In Zusammenarbeit mit der „Breitenau“ und sonstigen Institutionen werden aber immer wieder auch temporäre Einsatzmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Auch dies muss mit der

Neuorganisation der WoV-Betriebe neu definiert werden. Von den eingereichten Fragen konnte der weitaus grösste Teil zu unserer vollen Zufriedenheit beantwortet werden.

Hinsichtlich des **Steuersolls**, Seite 8 der Botschaft, wurden gewisse Zweifel bei der Budgetierung der juristischen Personen angebracht. Prognose 2006 Fr. 23,3 Mio., Budget 2007 Fr. 20 Mio. Es wurde eine Überprüfung verlangt. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass diese Position um Fr. 3 Mio. zu erhöhen sei.

Knapp eine Woche später, am 1. November 2006, fand die Beantwortung der noch hängigen Fragen statt. Daran nahmen neben der Finanzreferentin Veronika Heller, Johanna Theiler/Zentralverwaltung, Alfred Stamm/FIKO und kurzzeitig Werner Bianchi/Leiter Controlling sowie temporär die übrigen Stadträte teil, die zu speziell referatsbezogenen Fragen Stellung nehmen mussten.

Die Antworten und vorgestellten Projekte konnten die GPK mit Ausnahme des Steuersolls überzeugen.

Die Finanzreferentin präsentierte neue Zahlen für das Budget 2007. Der Betrag der natürlichen Personen wurde um Fr. 2,3 Mio. auf Fr. 75,7 Mio. gekürzt, dafür die juristischen Personen entsprechend auf Fr. 22,3 Mio. angehoben, das heisst die Position 9000 Gemeindesteuern, Konto 400.000 Einkommens- und Vermögenssteuern bleibt mit total Fr. 103 Mio. unverändert. Die Meinungen waren unterschiedlich, und es wurde heftig diskutiert.

Schlussendlich wurde der folgende **Antrag** gestellt:

Das Steuersoll für natürliche Personen bleibt auf Fr. 78 Mio., wie in der Botschaft des Stadtrates auf Seite 8 festgehalten. Die juristischen Personen werden um Fr. 3 Mio. erhöht, womit sich die Position Einkommens- und Vermögenssteuern auf total Fr. 106 Mio. erhöht. Dieser Antrag basiert auf dem vom Stadtrat vorgeschlagenen Steuerfuss von 107%.

Der Antrag wurde mit 4 : 1 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, gutgeheissen.

Dadurch erhöht sich das Total des Steuersolls von Fr. 111'350'000.-- auf Fr.114'350'000.-- (siehe Seite 8/Botschaft).

Die Begründung werden Sie bei der Information über die gestellten Anträge der GPK erhalten.

Zwei weitere Budgetpositionen der Investitionsrechnung sorgten für unterschiedliche Meinungen in der GPK:

Seite 114

721 Kehrricht- und Sperrgutabfuhr

Konto 506.208 Anschaffung zentrale Abfall-Entsorgungsstelle Fr. 280'000.--

Da dieses Projekt erst auf dem Papier existiert, wurde der Antrag auf Streichung gestellt. Da aber das Projekt zugleich mit der Anschaffung des neuen Kehrrichtfahrzeuges, das heisst neues Fahrzeug mit Spezialkranvorrichtung, verbunden ist, wurde der Antrag auf Streichung mit 4 : 3 Stimmen abgelehnt.

Seite 116**942 Liegenschaften des Finanzvermögens
Konto 703.101 Nebengebäude Granatenbaumgut
Gesamtsanierung Fr. 450'000.--**

Über diese Liegenschaft wurde schon mehrmals diskutiert. Leider wurde bis heute weder ein BR-Nehmer noch ein Käufer gefunden. Die GPK hat das Baureferat beauftragt, die Verkaufsvariante zu einem günstigen Preis zu forcieren. Wenn bis zum 30.06.07 kein valables Angebot vorliegt, muss die Liegenschaft endgültig saniert werden.

Ich bitte Sie nun die **Botschaft des Stadtrates vom 19. September 2006** sowie die erhaltenen Blätter „**GPK-Nachträge**“, **datiert 7. November 2006**, zur Hand zu nehmen, damit ich die Anträge der GPK erläutern kann.

Als Ausgangslage dient die Botschaft des Stadtrates, die auf Seite 4 für die laufende Verwaltungsrechnung einen Ertragsüberschuss von Fr. 42'500.--, und auf Seite 6 für die Investitionsrechnung einen Ausgabenüberschuss von Fr. 9'611'900.-- ausweist.

Diese beiden Zahlen finden Sie wieder auf der Liste der GPK-Anträge bezeichnet mit „Ergebnis Laufende Rechnung bisher“ auf Blatt 1 bzw. „Ergebnis Investitionsrechnung bisher“ auf Blatt 2.

Danach sind jeweils die Änderungsanträge der GPK aufgeführt. Allfällige Fragen und anderweitige Anträge sind jeweils unter der entsprechenden Kontoposition zu stellen. In der hintersten Kolonne, bezeichnet mit „Auswirkung Budget 2007“ werden mit Minus zusätzliche Ausgaben bzw. Mindereinnahmen und ohne Vorzeichen zusätzliche Einnahmen, beziehungsweise Minderausgaben bezeichnet. Die GPK-Abstimmungsergebnisse werde ich nur erwähnen, sofern dem Antrag nicht einstimmig zugestimmt worden ist.

Die nachfolgenden Änderungsanträge sind hiermit von der GPK für die Detailberatung gestellt:

Laufende Rechnung (Blatt 1)**Allgemein****Besoldungen Verwaltungs- und Betriebspersonal****Erhöhung 0,1%:****- Fr. 52'400.--**

Diese Erhöhung steht in Verbindung mit dem Antrag 3 der GPK. Vor einem Jahr hat der GrSR der Anwendung des Personalgesetzes des Kantons auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt zugestimmt. Der Kanton wird seinem Parlament eine Lohnsummenentwicklung von 2,4% vorschlagen, nämlich 1,2% Teuerungszulage und 1,2% individuelle Lohnentwicklung. Darin sind beim Kanton 0,3% noch nicht bezahlter Teuerungsausgleich enthalten, den die Stadt bereits ausgeglichen hat.

Damit keine Unterschiede zwischen dem Kanton und der Stadt entstehen, beantragen wir 2,1%. Die Aufteilung dieser 2,1% ist Sache des Stadtrates. Die GPK empfiehlt aber dem Stadtrat diese 2,1% auf 1,2% individuelle Lohnentwicklung, analog Kanton, und 0,9% auf den Teuerungsausgleich aufzuteilen.

Allgemein**Besoldungen Lehrkräfte inkl. 1,5% Lohnerhöhung****Erhöhung 0,9% anl. Kant. Lohnsummenerhöhung auf 2,4%: - Fr. 167'000.--**

Für die Budgetierung wurden vorerst 1,5% für die Lohnsummenentwicklung eingesetzt. Da der Kanton aber um total 2,4% erhöhen wird, müssen wir noch diese 0,9% berücksichtigen.

Die beiden vorerwähnten Änderungen ergeben den Totalbetrag von Fr. 219'400.--.

Allgemein**19,3% Sozialleistungen von Fr. 219'400.--:****- Fr. 42'300.--****Allgemein****0,4% Sozialleistungen von Besoldungen 301 und 302****Erhöhung gemäss neuen PK-Bestimmungen:****- Fr. 285'800.--**

Die neue PK-Verordnung tritt auf den 01.01.2007 in Kraft.

Übrige Kulturförderung**Konto 3095 365.106 Beitrag an Betriebsorganisation KIK: Fr. 10'000.--**

Die ursprünglich budgetierten Fr. 20'000.-- wurden nie voll gebraucht. Die Reduktion um Fr. 10'000.-- wurde noch in der „alten“ GPK beschlossen, aber nie beantragt, was jetzt nachgeholt wird.

Brücke Schule - Eltern**Konto 5897 316.000 Mietzinse:****Fr. 3'000.--**

Dieser Betrag wurde irrtümlich budgetiert.

Hilfsaktionen im In- und Ausland**Konto 5900 367.000 Beiträge an Institutionen und Organisationen zugunsten des In- und Auslandes: Fr. 40'000.--**

Die verbleibenden Fr. 80'000.-- sind für gemeinsame Entwicklungshilfsprojekte, je ein Inland- und ein Auslandprojekt, im Rahmen der Städtepartnerschaft mit St. Gallen und Winterthur bestimmt.

Die reduzierten Fr. 40'000.-- wären jeweils auf Gesuch hin oder nach Katastrophen vom Stadtrat zu bewilligen. Die GPK hat der Streichung mit 5 : 2 Stimmen zugestimmt und den Stadtrat angewiesen, solche Entscheide nötigenfalls via Nachtragskredit abzuwickeln.

Strassenverkehrsanlagen**Konto 6200 314.005 Bauten für den öffentlichen Verkehr: Fr. 35'000.--**

Dieser Betrag für die Erneuerung des Betonbelages der Bushaltestelle "im Hägli", stadtauswärts, wird zwecks einheitlicher Verbuchung in die Investitionsrechnung auf Konto 620/501.605 verschoben.

Konto 6200 314.007 Ausbau von Fuss- und Radwegen: Fr. 25'000.--

Dieser Betrag wurde budgetiert für die Aufpflasterung beim Fussgängerstreifen in der Stokarbergstrasse vor der Einmündung in die Steigstrasse.

Die GPK hat mit 4 : 3 Stimmen der Streichung zugestimmt, aber *gleichzeitig* den Stadtrat beauftragt, eine definitive Neuregelung des Verkehrskonzeptes in der Stokarbergstrasse unter Berücksichtigung der Sicherung des Schulweges auszuarbeiten.

Konto 6200 480.026 Entnahme aus dem Erschliessungs-/Reservefonds (Konto 14/362.026): - Fr. 60'000.--

Durch Streichung der beiden vorerwähnten Beträge reduziert sich diese Entnahme.

Handel, Industrie, Gewerbe

Konto 8400 365.910 Beiträge zur Wirtschaftsförderung SH: - Fr. 7'000.--

Mietkosten Stahlgiesserei und Feuerwehrkosten für die Tischmesse 2007. Die GPK stimmte dieser Unterstützung mit 3 : 2 Stimmen, bei zwei Enthaltungen, zu.

Bau- und Feuerpolizei Konto

7880 431.000 Gebühren: - Fr. 80'000.--

Reduktion infolge Nichteintreten auf die Vorlage des SR vom 30. Mai 2006 „Revision der Gebührenverordnung/Baubewilligungsverfahren“.

Gemeindesteuern Konto 9000

400.000 Einkommens- und Vermögenssteuern: Fr. 3'000'000.--

Die Erhöhung wird aufgrund der zu tiefen Budgetierung der juristischen Personen verlangt. In der Botschaft des Stadtrates, Seite 8, ist eine Prognose für 2006 mit Fr. 23,3 Mio. gestellt. Budgetiert für 2007 werden aber nur Fr. 20 Mio.

Ausgangslage ist der Steuerfuss von 107%.

Aufgrund der bisherigen und auch zukünftig guten Wirtschaftslage, zunehmender Gewinne der juristischen Personen, die zusätzliche nachträgliche Steuereingänge bringen, ist der budgetierte Betrag von Fr. 20 Mio. zu tief angesetzt.

Bei den natürlichen Personen soll der budgetierte Betrag von Fr. 78 Mio. beibehalten werden. Dieser Betrag kann ebenfalls mit der Wirtschaftslage, Reduktion der Arbeitslosenzahl, erhaltener Lohnerhöhungen und Zunahme der Bevölkerung in der Stadt Schaffhausen begründet werden.

Der Antrag auf Erhöhung von Fr. 3 Mio. bei den juristischen Personen, was somit eine Erhöhung auf total Fr. 106 Mio. ergibt, wurde mit 4 : 1 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, gutgeheissen.

Finanzausgleich

Konto 9200 341.000 Zahlung an den Finanzausgleichsfonds: - Fr. 234'000.--

Dieser Mehrbetrag wurde der Stadt mittels Email vom 21. September 2006 mitgeteilt.

Die Positionen auf Blatt 2 sind reine Budgetverschiebungen, die sich gegenseitig aufheben und dadurch keine Auswirkungen auf das Resultat der Laufenden Rechnung haben.

Nach diesen Änderungen beträgt der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung Fr. 2'227'000.--.

Ich muss aber noch darauf hinweisen, dass aufgrund der Lohnveränderungen bei einzelnen Finanzstellen ein Saldoausgleich zu erfolgen hat, wodurch sich das Budget um mehrere tausend Franken verändern kann.

Investitionsrechnung (Seite 2)

Die **Investitionsrechnung** verbesserte sich von - Fr. 9'611'900.-- auf - Fr. 8'591'900.--, das heisst um total Fr. 1'020'000.--.

Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

Entnahme der anlässlich der Rechnung 2005 getätigten Einlagen in
Spezialfinanzierungen: **Fr. 1'000'000.--**

Fonds für Investitionen des Museums zu Allerheiligen Konto 301/662.312:	Fr. 200'000.--
Fonds für die Oberflächengestaltung des Herrenackers Konto 620/662.316:	Fr. 200'000.--
Fonds für Baubeitrag an Alters- /Pflegeheim Stiftung Schönbühl Konto 578/662.317:	Fr. 200'000.--
Fonds für Neubau Doppelkindergarten Neubrunn	Fr. 200'000.--
Fonds für Neubau Doppelkindergarten St. Peter Konto 200/662.315:	Fr. 200'000.--

Zinsertrag auf Konto 36/362.315 Spezialfinanzierung
Fonds für Neubauten von Doppelkindergärten Konto 200/662.315: **Fr. 30'000.--**

Irrtümlich auf Konto 341/661.000 Sportplätze budgetierter
Kantonsbeitrag: **- Fr. 10'000.--**

Verbesserung total: **Fr. 1'020'000.--**

Somit beträgt der Ausgabenüberschuss der Investitionsrechnung Fr. 8'591'900.--, wie bereits erwähnt.

Spezialfinanzierungen (Seite 3)

Hier ist eine Zunahme des Aufwandüberschusses von total Fr. 985'000.-- zu verzeichnen, der sich wie folgt zusammensetzt:

Zuweisungen an Investitionsrechnung, ex diverser Fonds: **Fr. 1'030'000.--**

Saldo Erschliessungsreservefonds Fr. 60'000.-- Konto 14/362.026
abzüglich Fr. 35'000.-- Konto 14/362.307: **- Fr. 25'000.--**

Konto 27/462.037 Zuweisung aus Laufender Rechnung
aus Konto 0230/380.037 Stadtarchiv: **- Fr. 20'000.--**

Zunahme des Ausgabenüberschusses total: **Fr. 985'000.--**

Dadurch hat sich der Aufwandüberschuss von Fr. 1'657'200.-- auf Fr. 2'642'200.-- erhöht.

Anträge der GPK:

Antrag 2

Der Gemeindesteuerfuss wird auf 105% festgesetzt und gemäss Art. 11 lit. b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Das Budget weist nach den von der GPK gestellten Anträgen einen Ertragsüberschuss von Fr. 2'227'000.-- auf. Aus diesem Grunde wurde dem Antrag um Senkung von zwei weiteren Steuerprozenten, das heisst total 3, inklusive Antrag des Stadtrates, mit 4 : 1 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, zugestimmt. Bei Zustimmung ist die Position 9000/400.000 Einkommens- und Vermögenssteuern von 107% auf 105% anzupassen, was ca. Fr. 2 Mio. ausmacht.

Antrag 3

Die Lohnsummenentwicklung wird gemäss Art. 19 Absatz 2 Personalgesetz mit 2,1% festgelegt. Diese Erhöhung um 0,1% wird beantragt, damit keine Unterschiede zum Kanton entstehen. Dieser Antrag wurde mit 7 : 0 Stimmen gutgeheissen.

Antrag 4

Die folgenden Ausgaben werden gemäss Art. 11 lit. d der Stadtverfassung einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt: Wiederkehrende Ausgaben der Laufenden Rechnung.

Sofern dem Antrag der GPK, Reduktion um Fr. 40'000.-- auf Konto 5900/367.000 zugestimmt wird, entfällt diese Position. Die restlichen Positionen sind unverändert.

Zusätzlich wurde in der GPK ein weiterer Antrag gestellt auf Auszahlung des Teuerungsausgleiches für städtische Pensionierte. Dieser Antrag wurde mit 4:3 Stimmen abgelehnt.

Begründung: Keine Differenzen schaffen zwischen Pensionierten der Stadt und des Kantons.

Sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen, ich empfehle Ihnen, auf das vorliegende Budget 2007 sowie die Leistungsvereinbarung des WoV-Bereiches „Stadtgärtnerei“ verbunden mit den Anträgen gemäss Liste vom 7. November 2006 der GPK einzutreten und den beantragten GPK-Anträgen zuzustimmen.

Zum Abschluss danke ich allen am Budget beteiligten Personen herzlich, sei es für die Abgabe zusätzlich verlangter Unterlagen, die Beantwortung der GPK-Fragen oder das Zusammentragen aller Zahlen. Vor allem denke ich dabei an die Finanzreferentin Veronika Heller, Johanna Theiler, Thomas Jaquet, Alfred Stamm und Werner Bianchi, die wiederum viele Frage- und Antwortstunden in Kreise der GPK verbringen „durften“, was selbstverständlich auch für die übrigen Mitglieder der Exekutive gilt. Darin eingeschlossen ist auch unsere Ratssekretärin, Gaby Behring, die jeweils die Protokolle prompt und ausführlich erstellte. Meinen Kolleginnen und Kollegen von der GPK danke ich für ihre Unterstützung, den grossen Einsatz und die „heissen“, aber auf sachlicher Ebene stattgefundenen Diskussionen. “

Rainer Schmidig (EVP)**OeBS/EVP-Fraktionserklärung**

„Die Details zum Budget hat der Präsident der GPK ausführlich geschildert. An dieser Stelle danke ich dem Stadtrat und der Verwaltung für die ausführlichen Antworten, die wir auf unsere Fragen erhalten haben und für den Einsatz den sie das ganze Jahr zugunsten unserer Stadt leisten.

Die Beratungen in der GPK waren aufwändig und lang. In intensiven Diskussionen wurden Fragen zum Budget zusammengestellt. Diese wurden dann auch von der Verwaltung und dem Stadtrat kompetent und erschöpfend beantwortet.

Die ganze Arbeit hinterliess bei mir aber ein ungutes Gefühl. Waren wir doch trotz der ausführlichen Antworten nicht in der Lage, irgendwo echt steuernd einzuwirken. Dies hat mir einmal mehr gezeigt, dass die Zahlendiskussion bei Budget und Rechnung zwar sehr viel Aufwand, aber wenig Nutzen bringt. Nur eine Diskussion um Leistungen und Wirkungen, wie sie bei WoV-Dienststellen möglich waren, sind eigentlich sinnvoll. Deshalb müssen wir die Arbeit der Verwaltung und des Parlamentes so schnell wie möglich in diese Richtung verändern.

Nach x Stunden hat es die GPK geschafft, die Laufende Rechnung doch noch um einige tausend Franken zu verändern. Wahrscheinlich wurde dieser positive „Erfolg“ von den Sitzungsgeldern wieder aufgefressen. Nicht gerade sehr ermunternd für die weitere Arbeit.

Nur unter diesen Vorzeichen kann ich das Kaffeleserlesen verstehen, das sich im Anschluss an die Besprechung der verschiedenen Änderungen, die auf Falschbuchungen oder auf neue Zahlen des Kantons zurückzuführen sind, bei der Budgetierung der Steuereinnahmen ergab.

Trotz den klaren Begründungen mit dem notwendigen Zahlenmaterial der Finanzreferentin, veränderte die GPK entgegen meiner Meinung die budgetierten Steuereinnahmen um Franken 3 Mio. Nach wie vor steigen die budgetierten Schuldzinsen der lang- und mittelfristigen Schulden der Stadt. Die Zinsen werden auch in nächster Zukunft wahrscheinlich nicht dramatisch, aber stetig steigen.

Es wäre also dringend notwendig, dass die Stadt ihre Schulden massiv abbauen könnte und für die Laufende Rechnung den Spielraum bekommen würde, um die wichtigen und kostenträchtigen Aufgaben der nahen Zukunft bewältigen zu können. Nur so bringen wir die Stadt wirklich weiter.

Es ist deshalb nicht verständlich, wenn unter diesen Voraussetzungen in sträflichem Leichtsinn Gelder ohne Wirkung mit einer übertrieben Senkung des Steuerfusses verschenkt werden.

Die **OeBS/EVP-Fraktion** wird hier auf alle Fälle nicht mitmachen.

Wäre es schlimm, wenn wir nach einem guten Jahr 2007 Schulden zurückzahlen könnten und so eine kontinuierliche Entwicklung bei der Entlastung der Steuerzahler sichern könnten? Das eine Prozent zusammen mit den 5% des Kantons gibt auf das nächste Jahr eine merkliche Entlastung der Kantonsbevölkerung. Der Kanton hat eine weitere Steuergesetzrevision, die vor allem die Unternehmen entlasten soll, in Vorbereitung, die zu weiteren Steuerausfällen auch bei der Stadt führen wird.

Wollen wir wirklich für einen einmaligen, fragwürdigen politischen Erfolg eine stetige

Entwicklung, die unserer Stadt langfristig Vorteile bringt, gefährden?

Ich habe es schon letztes Jahr gesagt, wenn die Stadt gesunden will, braucht sie eine langfristig berechenbare Entwicklung und eine Entwicklung, die sie vor allem für *Unternehmen und Familien* attraktiv macht, Unternehmen, die Arbeitsplätze und Lehrstellen schaffen und Familien, die mit ihren Kindern unsere Zukunft sichern. Millionäre werden dies nicht sein.

Die **OeBS/EVP-Fraktion** wird auf das Budget eintreten und den Anträgen in der Mehrheit zustimmen. Beim Steuerfuss werden wir allerdings auf den Antrag des Stadtrates zurückkommen und für 107% stimmen. In der Detailberatung werden wir uns auch erlauben, allenfalls noch Fragen zu stellen. “

Walter Hotz (FDP)

FDP/jungfreisinnige-Fraktionserklärung

”Meine Fraktion dankt dem GPK-Präsidenten für die ausführliche Berichterstattung über das Budget 2007 und allen Mitbeteiligten der Verwaltung. Das Budget 2007 umfasst 200 Seiten. Dies bedeutet, dass ungefähr 6'000 Positionen zu begutachten waren.

Am 21. September 2006 betitelte die Schaffhauser Nachrichten ihren Bericht über das Budget 2007 mit „Budget mit Glanz und Steuersenkung“. Die Steuersenkung blieb, der Glanz verblich jedoch innerhalb von nur 6 Tagen.

Die GPK-Mitglieder erhielten per Email die Mitteilung von der Zentralverwaltung, dass die Zahlung an den Finanzausgleichsfond von budgetierten Fr. 680'000.-- neu Fr. 914'000.-- zu budgetieren sei.

Dies hatte zur Folge, dass für das Budget 2007 statt einem Überschuss von Fr. 42'500.-- neu einen Ausgabenüberschuss von Fr. 191'500.-- budgetiert wurde. Sie können sich vorstellen, dass die Mehrheit in unserer Fraktion über diese neue Botschaft nicht glücklich war.

Im Hinblick auf die neuen Zahlen und auf die heutige Budgetdebatte hat sich die Fraktion eingehend mit dem Voranschlag 2007 auseinander gesetzt und auch eine spezielle Fachgruppe ins Leben gerufen. Die Fachgruppe erarbeitete ein internes Grundlagenpapier mit Schwerpunkt „Finanzperspektiven der Stadt Schaffhausen“ für die Jahre 2007 bis 2010.

Zwischenzeitlich hat die GPK mit Mehrheitsbeschluss beschlossen und die Anträge wurden soeben vom Präsidenten formuliert. Die FDP/jungfreisinnige-Fraktion wird sich dem Antrag der GPK anschliessen.

Meine Fraktion hat mehrmals in den letzten Jahren deutlich gemacht, welche finanzpolitischen Prioritäten ihres Erachtens bei Budgetierungen realisiert werden müssen: Deutliche, aber natürlich finanziell tragbare Senkung des Steuerfusses, weiterer Abbau der Verschuldung der Stadt Schaffhausen und eine massvolle Investitionstätigkeit.

Mit der von uns gemeinsam mit der Mehrheit der GPK und den Vertreterinnen der CVP beantragten zusätzlichen Senkung des Steuerfusses um 2 Punkte auf 105 Punkte werden Bevölkerung und die Wirtschaft gleichermassen profitieren. Diese

Steuerfussenkung verbessert – effektiv und psychologisch – die Stellung unserer Stadt im zukünftigen Konkurrenzkampf mit den umliegenden Gemeinden und macht unsere Stadt attraktiv für Neuansiedlungen.

Dies wird sich nämlich auch positiv auf die Steuereinnahmen auswirken. All jene, die angesichts der hohen Schuldenlast der Stadt noch zögern, dieser Steuersenkung zuzustimmen, sei die Frage gestellt: Wann, wenn nicht jetzt, soll der Steuerfuss gesenkt werden?

Im Übrigen ist unsere Fraktion der Meinung, dass die Reduktion des Steuerfusses nur ein erster Schritt darstellen kann. Weitere steuerliche Entlastungen müssen in den kommenden Jahren folgen. Unsere Fraktion hat das Ziel, den Steuerfuss der Stadt bis ins Jahr 2010 auf 101 Prozent zu reduzieren.

Wir unterstützen ebenfalls die Budgetkorrektur von Fr. 3 Mio. bei den Steuereinnahmen. Es ist auf Grund einer zurzeit guten Konjunkturlage und positiv lautender Wirtschaftsprognosen zu verantworten.

Bleibt die Notwendigkeit eines raschen Abbaus der Schulden. Meine Fraktion erachtet den Schuldenabbau nach wie vor als dringend. Für den Schuldenabbau entscheidend ist aber nicht das Budget, sondern die Rechnung. Und wir sind sicher, dass die Rechnung für das Jahr 2006 einen erheblichen Beitrag an den Schuldenabbau liefern wird.

Ich appelliere an den Stadtrat, in allen wichtigen Politikbereichen Gestaltungswillen zu beweisen und gemeinsam mit der GPK und dem Grossen Stadtrat Steuerfussenkungen und Schuldenabbau mitzutragen. Eine nachhaltige Sanierung der städtischen Finanzen, die noch Jahre beanspruchen wird, braucht alle verantwortungsbewussten Kräfte dieser Stadt.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass meine Fraktion auf die Vorlage eintreten und den GPK-Anträgen zustimmen wird. Bei der Detailberatung werden noch einige Fragen folgen. “

Kurt Zubler (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Zuerst schliesse ich mich dem Dank meiner Vorredner gegenüber allen Engagierten in Verwaltung und Stadtrat an und danke auch dem GPK-Präsidenten Alfred Zollinger für seine sachliche Führung der Diskussionen, die oft langfädig, aber immer freundlich und manchmal sogar lustig waren. Sie werden es kaum glauben, dass in der GPK auch gelacht wird, was erfreulich ist.

Gegen Ende der letzten GPK-Sitzung ist uns zwar das Lachen im Hals stecken geblieben. Meine Kollegin und ich enthielten uns deshalb im entscheidenden Augenblick sogar unserer Stimmabgabe. Rainer Schmidig hat in seinem Votum den Ausgang der Abstimmung (4 : 1 Stimmen, bei 2 Enthaltungen) bereits kommentiert. Wir waren ebenso seiner Meinung, den uns präsentierten Zaubertrick mit der Erhöhung der Einnahmenseite abzulehnen.

Ich möchte einen kurzen Rückblick über verschiedene Budgetjahre anführen, die ich mit einigen von Ihnen erleben durfte: Wir haben vor einigen Jahren einen Antrag mit genereller Kürzung des Sachgruppenkontos 31 gehört, eine Budgetrückweisung durch die GPK im letzten Jahr und ein Budgetreferendum durch die JSVP erlebt.

Es fanden eigentlich immer verschiedentliche Versuche und Anstrengungen statt, das Budget auf der Ausgabenseite zu beeinflussen und damit Raum für eine Steuerfussenkung von Seiten der bürgerlichen Ratsseite zu schaffen.

Wir haben das Budget 2007 intensiv studiert, hart gearbeitet und mehrere Personentage damit verbracht, um netto Fr. 3'000.-- "drücken" zu können. Insgesamt sind wir dann unter Berücksichtigung unserer "Leistungen" auf ein Defizit von ungefähr Fr. 700'000.-- gekommen, das heisst wir haben den Überschuss von Fr. 42'500.-- in ein Defizit verwandelt, was rund einem Steuerfussprozent entspricht. Die logische und seriöse Folge daraus, wenn als Endziel die Forderung nach einem Budget mit schwarzen Zahlen erfüllt werden soll, wäre gewesen, die vom Stadtrat beantragte Steuerfussenkung abzulehnen und vorsichtig beim alten Steuerfuss zu bleiben, um mit einem ausgeglichenen Resultat des Budgets auf der sicheren Seite zu stehen.

Die bürgerliche Ratsseite hat sich einen neuen Trick einfallen lassen, nämlich nicht das zu beeinflussen, was man könnte - weil es zu komplex ist und weil sich offensichtlich die Ausgabenseite des Budgets notwendig, verständlich und korrekt zeigt - sondern bei den Steuereinnahmen "Luft" zu entdecken, wie in der GPK mehrmals erwähnt. Also wurde diese Einnahmequelle "aufgeblasen" und um Fr. 3 Mio. erhöht.

Meine Fraktion beurteilt dies als nicht seriös und geradezu fahrlässig, weil damit eine Steuerfussreduktion begründet wird. Diese Fr. 3 Mio. Erhöhung sind reine Prognose, Zauberei, und sie basiert auf Vermutungen. Die Steuerfussenkung ist jedoch keine Vermutung, diese 2% verlangte Reduktion sind weg, der Betrag von knapp Fr. 2 Mio. ist nicht vermutet, sondern sicher weg, sofern Ihre Vermutungen nicht eintreten.

Der Zaubertrick wurde noch mit einem weiteren Geniestreich versehen, indem Sie beabsichtigen, mit der Steuerfussenkung Schulden abzubauen. Das ist tatsächlich ein Mirakel. Normalerweise werden Schulden mit Geld abgebaut, welches eingenommen wurde, aber nicht mit Geld, das man nicht einnehmen konnte. Die FDP-Fraktion hat heute Abend wörtlich gesagt: "Stimmen Sie der Steuersenkung zu, damit wir Schulden abbauen können". Es mag eine langfristige Strategie dahinter stecken, die Sie hoffentlich heute Abend noch erklären werden. Der Glanz des Budgets ist tatsächlich erloschen.

Wir werden auf das Budget 2007 eintreten, aber den Anträgen bezüglich Steuerfussreduktion und erhöhten Steuereinnahmen nicht zustimmen.

Der in gemeinsamer Anstrengung in der GPK "angehäufte" Betrag von Fr. 773'000.-- Defizit liegt im Streubereich des Budgets. Wir werden heute Abend die Diskussion genau verfolgen und uns überlegen, ob wir auf einen unveränderten Steuerfuss von 108%, einen Gegenvorschlag oder im Sinne eines Kompromisses auf den Vorschlag des Stadtrates eintreten werden. "

Werner Schöni (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

"In einem sind wir uns alle einig. Auch ich möchte mich dem Dank für die geleistete Arbeit der GPK und allen Beteiligten anschliessen. Ich bin überzeugt, dass meine Ausführungen für Stimmung sorgen und wie die Faust aufs Auge zu den Aussagen meiner Vorredner passen werden.

In meinem Geschäft muss ich auch ein Budget an mein Bundesamt abliefern. Es ist für mich oft ein taktisches Mittel, um etwas gezielt zu steuern oder anzuvisieren. Hier muss ich die Zahlen jetzt von der Gegenseite anschauen. Bei einem Aufwand von Fr. 204 Mio. präsentiert man mir genau einen Überschuss von Fr. 42'500.-- oder 0,2%. Die Rechte habe ja immer schwarze Zahlen gefordert, also liefern wir sie jetzt auch. Aus meiner Optik gesehen, kann ich mich hier des Eindruckes nicht erwehren, dass auch diese Zahl einen taktischen Hintergrund hat.

Für uns ist wichtig, dass die Goldmillionen für einen konsequenten Schuldenabbau eingesetzt werden. Die Marschrichtung des Stadtrates, Mittel für

- zukunftsgerichtete Investitionen
- Schuldenabbau und
- Steuerreduktionen

einzusetzen, findet unsere Unterstützung. Einzig die Steuerminimierung um einen Punkt ist für uns entsprechend mickrig ausgefallen.

Die Anträge der GPK gefallen uns hier schon besser. Einzig bei der Steuerfussreduktion behalten wir uns einen Antrag vor. Die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** hat bereits vor längerem eine Steuerfussreduktion von 5 Punkten gefordert. Drei Punkte stellt uns jetzt auch die GPK in Aussicht.

Die Zentralisierung der Steuerverwaltung hätte uns nochmals einen Punkt gebracht, was jetzt durch den Entscheid, die Zentralisierung dem Volk vorzulegen, etwas hinausgeschoben wird.

Trotzdem, die Stadt hat in den letzten 2 Jahren im Vergleich *Budget mit Abschluss* zwei hervorragende Jahre hinter sich und wie man mir gesagt hat, wird auch das Jahr 2006 zu einem guten Abschluss führen. Auch mit wenig optimistischer oder realistischer Planung, auch im Zeichen der anziehenden Wirtschaft und der vor der Tür stehenden neuen Lohnausweise kommt man nach wie vor leicht auf 5 Punkte.

Nach unserer Ansicht wäre es mehr als notwendig, die Unterschiede zu Neuhausen in diesem Bereich abzubauen und gleiche Voraussetzungen zu schaffen. Man könnte damit auch die Grundlage oder Basis für eine verstärkte Zusammenarbeit schaffen. Ich betone: Zusammenarbeit, nicht Zusammenschluss. Im Weiteren könnte man damit ein klares Zeichen zur Unterstützung des Kantons setzen, der sich intensiv bemüht, seine Attraktivität zu steigern.

Unsere Fraktion wird auf das Budget eintreten, sich jedoch vorbehalten, einen Antrag um eine weitere Reduktion des Gemeindesteuerfusses zu stellen. “

Theresia Derksen (CVP)

CVP

”Wir sind keine Fraktion, und trotzdem denke ich, dass wir wahrscheinlich entscheiden, wie der Steuerfuss im nächsten Jahr festgelegt werden soll.

Bei der Analyse des Voranschlages 2007 fanden wir CVP-Frauen, dass die Steuereinnahmen eindeutig zu tief budgetiert seien. Wir stellen nun erfreut fest, dass die GPK mehrheitlich diese Meinung teilt.

Im letzten Jahr wollten wir einer Steuerfussreduktion nicht zustimmen, weil wir den "Schönwetterprognose-Zeichen" der Wirtschaft noch nicht trauten. Inzwischen hat sich der positive Trend aber bestätigt.

Gemäss Konjunkturexperten sind die Aussichten für die nächsten zwei Jahre gut und auch das Arbeitsangebot wird weiter wachsen. Man rechnet für 2007 mit einem Anstieg der Beschäftigung um 0,6%. Mit dem angenommenen Lohnzuwachs dürfte im kommenden Jahr ein reales Konsumwachstum von 2% möglich sein und damit die Konjunktur weiterhin gut belebt bleiben.

Deshalb unterstützen wir mit gutem Gewissen den Antrag der Geschäftsprüfungskommission, den Gemeindesteuerfuss auf 105% festzusetzen und danken für den Bericht des GPK-Präsidenten. Einem weiteren Antrag auf einen tieferen Steuerfuss werden wir nicht zustimmen. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

"Lieber Kollege Zubler, nach dem Votum von Werner Schöni wirst Du wahrscheinlich froh sein, trotzdem wieder eine freisinnige Meinung zu hören, die zwar nicht auf Eurer Linie liegt, aber immerhin zu massvoller Finanz- und Steuerpolitik, die trotzdem nachhaltig wirken soll und sich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger auswirken soll.

Ich habe volles Verständnis für die Ausführungen des Kollegen Schöni. Bei einer genauen Betrachtungsweise des Zahlenmaterials erscheint mir jedoch der Antrag der GPK materiell eindeutig besser begründ- und vertretbar. Ich erlaube mir in Ergänzung zu den Ausführungen unseres GPK-Mitgliedes Walter Hotz einige bisherige Voten aufzunehmen und zu replizieren.

Wenn Kollege Schmidig sagt, man würde Gelder ohne Wirkung verschenken, dann muss ich doch daran erinnern, dass die SteuerzahlerInnen in der ganzen Stadt wahrscheinlich dankbar sein werden, wenn in diesem Bereich eine gewisse Entlastung stattfinden kann und wird.

Es ist uns sehr wichtig, dass wir hier ein Zeichen setzen und aufgrund dieser Korrektur, die sich materiell begründen lässt, einen Weg begehen, der mittelfristig eine Niveauangleichung an den Steuerfuss von Neuhausen - allenfalls sogar um 1 Punkt darunter - führen wird.

Wir haben, wie Rainer Schmidig bereits erwähnt hat, steigende Schuldzinsen. Wenn wir feststellen, dass die Schuldzinsen in den nächsten Jahren steigen, nichts *dagegen* unternehmen und auch nichts *dafür* tun, dass unsere Steuereinnahmen wachsen, ist dies ein sehr bescheidenes Rezept, das von der Mitte angeboten wird.

Sie wissen, dass ein attraktiver Steuerstandort - es gibt davon verschiedene Beispiele in der ganzen Schweiz - nicht nur ein klares Signal setzen, sondern dazu führen muss, dass steuerpotente Leute in die Region kommen. Dadurch werden die Steuereinnahmen der Gemeinden und des Kantons vergrössert und dadurch wiederum der finanzpolitische Handlungsspielraum verbessert, sei es dass mehr Investitionen getätigt oder Schulden abgebaut werden können.

Wohlan, ich weise darauf hin, wir haben dies auch in unserer Medienmitteilung klar betont, dass mit diesem Fr. 3 Mio. nicht nur zwei Steuerprozentente zusätzlich

angeboten werden sollen, sondern es sollen auch noch Fr. 600'000.-- für den zusätzlichen Schuldenabbau verwendet werden, was in etwa auf der Linie des Stadtrates liegt.

Es geht hier nicht um einen Trick, lieber Kollege Zubler, wenn wir die von der GPK vorgeschlagene Korrektur vornehmen, sondern es geht tatsächlich um eine realistische Beurteilung der Situation.

Wer Finanz- und Wirtschaftspublikationen liest, kann feststellen, dass selbst in zurückhaltenden Presseorganen von einer Konjunktur gesprochen wird, die nicht nur in diesem Jahr, sondern auch in den nächsten 2-3 Jahren einen klaren Aufwärtstrend aufzeigt.

Meiner Meinung nach ist es sehr wohl *nicht vertretbar*, wenn man in einem Budget, das für 2006 von Fr. 18 Mio. Steuereinnahmen der juristischen Personen ausgeht, *bereits in der Prognose* von Fr. 23 Mio. spricht und *anschliessend im Budget (2007)* nur noch von Fr. 20 Mio. Etwas stimmt hier nicht, und da geht es nicht ums Kaffeesatzlesen, denn diesen Vorwurf könnte man auch beim Betrag von Fr. 20 Mio. machen.

Es ist zur Genüge substantiiert und nachgewiesen, dass wir mit der von der GPK beantragten Steuereinnahmen gut liegen und einen Schritt in die richtige Richtung machen können.

Wir sind in unserer Fraktion nach ausgiebigen Diskussionen zum Schluss gekommen, dass eine 5%ige Steuerfussenkung - wie von der SVP gewünscht - übertrieben wäre. Wie bereits von der CVP-Vertreterin erwähnt, liegen wir mit dem Antrag auf 3% absolut richtig. Ich bin davon überzeugt, dass sich unsere Kollegen von der SVP dieser Meinung anschliessen werden. "

Peter Neukomm (SP)

Votum

"Es gibt verschiedene finanzpolitische Strategien: Wenn wir uns bei der Bevölkerung beliebt machen und uns für die nächsten Wahlen in ein günstiges Licht stellen möchten, müssten wir uns ebenfalls für eine Steuerfussenkung einsetzen. Niemand bezahlt gerne Steuern, und Steuersenkungen sind populär. Dies wissen wir auch.

Warum also unsere differenzierte unpopuläre Haltung, sind wir politische Masochisten? Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir versuchen, unserer Verantwortung für eine nachhaltige Finanzpolitik des Gemeinwesens nachzukommen und weigern uns, mit dem Finanzhaushalt Wahlkampfstrategie zu betreiben.

Es ist uns wichtiger, dass die Stadt Schaffhausen auch weiterhin ihre vielfältigen Aufgaben zugunsten der Bevölkerung bewältigen kann. Vermutlich sind wir uns von allen Seiten darüber einig, dass ein finanzieller Spielraum dafür eingeräumt werden muss, der allerdings bereits heute äusserst bescheiden ist. Wir hören darüber vermutlich noch weitere Details von der Finanzreferentin.

Aus eigenen Kräften sind wir nur in der Lage, im einstelligen Millionenbereich zu investieren. Wir vertreten die Meinung, dass eine Umstellung unabdingbar ist. Seit vielen Jahren, ja sogar Jahrzehnten, läuft in dieser Stadt ein riesiger Investitionsbedarf auf, der in einem vernünftigen Zeitraum wohl kaum zu bewältigen sein wird.

Der bescheidene zur Verfügung stehende Spielraum soll jetzt aber durch eine zusätzliche Schwächung des jährlichen Steuerertrages um Fr. 3 Mio. beschnitten werden, was, über die gesamte Legislaturperiode betrachtet, ein Loch von Fr. 12 Mio. in die Stadtkasse reissen würde. Dies erscheint uns aufgrund der derzeitigen finanziellen Lage der Stadt als finanzpolitisch verantwortungslos.

Der Stadtrat hat schon mehrmals aufgezeigt - und er wird es auch heute erneut tun - dass neben dem lange vernachlässigten Gebäudeunterhalt dringende Investitionen in wichtigen Politik- und Infrastrukturbereichen, wie Schulen, ausserfamiliäre Tagesbetreuung, Turnhallen, Kindergärten, Altersheimen, Sportstätten und Rheinufer, angezeigt und bedrohlich angewachsen sind. Sie werden immer wieder aufgeschoben und gestreckt, weil der finanzielle Spielraum fehlt.

Das sind Schulden in Millionenhöhe, die wir nicht länger auf unsere Nachkommen überwälzen wollen. Darum sollen zusätzliche Steuereinnahmen, welche aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Erholung mit Sicherheit vorübergehend anfallen, jetzt als wichtigen Beitrag zum Substanzerhalt und zur Attraktivierung unserer städtischen Infrastruktur genutzt werden.

Es ist auch unbestritten, dass die Konjunktur zyklisch und der Abschwung somit programmiert ist. Steuersenkungen sind nicht flexibel, selbst wenn es von Gesetzes wegen möglich wäre. Erfahrungen zeigen, dass der Steuerfuss selbst bei schlechter Konjunktur "unten" bleibt. Es liesse sich trefflich darüber orakeln, wie nachhaltig dieser Aufschwung ist.

Es geht nicht an, Steuergeschenke zu verteilen, bevor wir diese Hausaufgaben erledigt haben. Wir halten darum zum jetzigen Zeitpunkt auch von der moderaten stadträtlichen Drittelslösung wenig und machen uns für eine "Zweitelslösung" stark, welche den Schuldenabbau und die Investitionen priorisiert und einen Beitrag an die Substanzerhaltung und Attraktivierung unserer Infrastruktur leistet.

Dies ist umso gerechtfertigter, als die Steuerzahlenden - und damit vor allem die hohen und höchsten Einkommen - in den letzten Jahren ja von zahlreichen Steuerentlastungen bei Kanton und Stadt profitieren konnten und auch dieses Jahr aufgrund der kantonalen Steuerfussenkung wieder profitieren können.

80% der städtischen SteuerzahlerInnen, welche ein Einkommen zwischen Fr. 0 und 75'000.-- versteuern, werden erneut wenig davon spüren. Einschenken wird es bei denjenigen, die ihr Einkommen in den letzten Jahren massiv steigern konnten, während die grosse Bevölkerungsmehrheit froh sein musste, mit der Teuerung mithalten zu können.

Wir fordern jetzt endlich eine längst fällige Investitionsoffensive. Damit würden nicht nur bedrohlich auflaufende Schulden reduziert, sondern gleich auch wichtige wirtschaftliche Impulse für das Gewerbe und damit für die Arbeitsplätze in der Region ausgelöst.

Es gibt weitere Aspekte, die heute noch nicht genannt wurden und gegen weitere Steuergeschenke sprechen:

Die beim Kanton aufgegleiste steuerliche Entlastung der Unternehmen wird auch für die Stadt Steuerausfälle bringen.

Im Zusammenhang mit dem NFA wird der Kanton massive Steuersenkungen von den Gemeinden verlangen. Es wird von 8 Punkten gesprochen.

Damit rückt der gesetzliche Auftrag von Art. 2 und 7 des Finanzhaushaltgesetzes, den wir zu erfüllen haben, nämlich einen mittelfristig ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, in weite Ferne. Diese Konsequenzen werden von unseren Kolleginnen und Kollegen, die sich erneut für Steuersenkungen stark machen, schlicht negiert.

Man streut der Bevölkerung Sand in die Augen und gaukelt ihr vor, man könne trotz jährlicher Steuersenkungen - wie von Kurt Zubler bereits trefflich vorgetragen wurde, er sprach von einem Mirakel - und damit markanter, nachhaltiger Ertragsschmälerungen künftig Investitionen steigern und Schulden abbauen, und dies ohne jeglichen Abbau des Dienstleistungsangebotes zugunsten unserer Bevölkerung.

Dies grenzt an Scharlatanerie oder an die Quadratur des Kreises, vor allem, wenn man sieht, wie der Bevölkerung das Geld, das je länger je mehr für die staatliche Aufgabenerfüllung fehlt, mittels Gebührenerhöhungen aus der Hosentasche gezogen wird.

Stadtpräsident Marcel Wenger hat heute in den SN ein Geständnis abgelegt, das wir strafmindernd berücksichtigen werden. Er musste einräumen, dass die Stadt in den letzten Jahren über zu hohe Abgaben der Städtischen Werke den Haushalt ausgeglichen hat, damit ein Spielraum für Steuersenkungen blieb, die man sich eigentlich gar nicht hätte leisten können. Und jetzt will man beide Augen zudrücken und einfach so weiter machen. Weil das mit den Abgaben nun wegen der neuen gesetzlich eingebauten Schranken nicht mehr funktioniert, holt man das Geld einfach über Gebühren herein.

Der Stadtpräsident kündigt an: *"Um die Leistungen aufrechtzuerhalten, müssen die anfallenden Kosten zumindest teilweise über Gebührenerhöhungen gedeckt werden. Will man dies nicht, müssen Steuergelder dafür eingesetzt werden".*

Wir fragen uns ernsthaft, wenn nicht einmal für die *Grundversorgung* der Bevölkerung Steuergelder eingesetzt werden sollen, wozu dann sonst?

Der Ersatz von Steuern durch Gebühren bedeutet den Abschied von einer gerechten und solidarischen Finanzierung unseres Gemeinwesens nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Das ist unsoziale Umverteilung von unten nach oben, die wir als Sozialdemokraten nicht mitmachen können.

Und noch ein Aspekt, den wir für sehr bedenkenswert halten: Wenn wir heute wieder Steuergeschenke beschliessen, wäre dies im Hinblick auf die von uns geforderte Entlastung bei der Neugestaltung des kantonalen Finanzausgleichs ein äusserst kontraproduktives Signal. Die Stadt ist in der Debatte um das revidierte Finanzhaushaltsgesetz, das heute im Kantonsrat unterbreitet wurde, auf eine grosszügige Haltung der anderen Gemeinden, die finanziell wesentlich schlechter wie die Stadt Schaffhausen stehen, angewiesen. Diesen Goodwill setzen wir aber aufs Spiel, wenn wir jetzt schon wieder signalisieren, dass wir uns weitere Steuerfussenkungen leisten wollen.

Ich hoffe darum auf Ihre Vernunft und ersuche Sie dringend, zum jetzigen Zeitpunkt

auf eine weitere Steuersenkung zu verzichten. “

Thomas Hauser (FDP)

Votum

”Peter Neukomm hat soeben beklagt, dass die Investitionen im laufenden Budget viel zu niedrig ausfallen. Das kann aus seiner Sicht durchaus so sein. Aber gerade von Seiten der SP-Fraktion hört man immer wieder, die Stadt müsse sich in wirtschaftlich schlechten Zeiten antizyklisch verhalten. Wenn es der Wirtschaft nicht gut gehe, müsse investiert werden.

Wo stehen wir heute? Genau auf der Gegenseite. In der Stadt Schaffhausen wird überall gebaut und soll auch in Zukunft werden, zum Beispiel Güterhof, Herrenacker, Herrenacker Süd, hinter dem Bahnhof, privater Wohnungsbau.

In den nächsten 2 bis 3 Jahren werden Hunderte von Millionen investiert, abgesehen von weiteren allenfalls geplanten Projekten wie Fussballstadion und Hallensportzentrum. Das Gewerbe ist ausgelastet, was soll der Staat da noch investieren?

Wir sollten das Geld nutzen, um Steuersenkungen vorzunehmen, damit wir Neuzuzüger nach Schaffhausen locken können, und nicht Schaffhauser - wie von Urs Tanner an einer der letzten Sitzungen beklagt - ins Bellvue nach Feuerthalen ziehen. Dies müssen wir verhindern, somit attraktiver wie Feuerthalen werden und uns wie von der SP immer verlangt wird, antizyklisch verhalten. “

SR Veronika Heller

Stellungnahme des Stadtrates

”Es war interessant, den Voten zu lauschen. Mit Ausnahme von Peter Neukomm und Rainer Schmidig haben sich alle damit begnügt, den Zeithorizont 2007 ins Visier zu nehmen und alles, was darüber hinaus geht, auszublenden oder zu vergessen.

Auch Thomas Hauser hat versucht, das antizyklische Investitionsverhalten der vergangenen Jahre zu interpretieren. Aber die Gegenseite ist natürlich nicht eine Steuerfussreduktion, sondern die Rückzahlung der Schulden, die sich aufgrund der übermässigen Investitionen während der Rezession gebildet haben.

Mit seiner Botschaft vom 19. September 2006 hat der Stadtrat das Budget 2007 zu Händen Ihres Parlamentes verabschiedet. Der Voranschlag wies in der Laufenden Rechnung einen bescheidenen Ertragsüberschuss von Fr. 42'500.-- auf, die Investitionsrechnung war mit einem netto Ausgabenüberschuss von Fr. 9,6 Mio. um rund eine Million höher als im Jahr davor.

Weiter beantragte der Stadtrat dem Parlament, den Steuerfuss von 108 auf 107 um einen Punkt zu senken. Bei der Erstellung des Budgets 2007 hatte sich der Stadtrat von der Überlegung leiten lassen, dass die sogenannte „Drittelsregelung“, die er im Jahre 2002 beschlossen hatte, nun tatsächlich zur Anwendung kommen sollte. Dieses Ziel wurde vom Stadtrat dank konsequent zurückhaltender Budgetierung erreicht, bei der natürlich auch alle Bereichsleiterinnen und Bereichsleiter mitgeholfen haben.

Die Investitionen waren um eine gute Million Franken erhöht worden, um dem seit Jahren drängenden Investitionsbedarf im Bildungsbereich Rechnung zu tragen. Die Sanierung Altbau Schule Steingut sowie der Turnhalle Emmersberg hätten sonst wiederum zurückgestellt werden müssen.

Für einen Abbau der Schulden in ähnlicher Grössenordnung sehen die Voraussetzungen für das Jahr 2007 nicht schlecht aus, stehen doch gut Fr. 20 Mio. Franken zur Umschuldung an, das heisst der Stadtrat ist bestrebt, diese Umschuldung nicht in vollem Umfang vorzunehmen.

Schliesslich sollen auch die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt in den Genuss einer bescheidenen Steuererleichterung von 108 auf 107 Punkte kommen.

Der Selbstfinanzierungsgrad von 71,53% wies bei dieser Ausgangslage das angestrebte minimale Niveau aus; gegenüber dem Budget 2006 (56,48%) konnte er deutlich verbessert werden.

Dass der Kanton just einen Tag nach der städtischen Medienkonferenz die Zahlen für den Finanzausgleich – ohne Vorwarnung – massiv erhöhte, war nicht vorauszusehen. Die Laufende Rechnung verschlechterte sich dadurch wieder, blieb aber immer noch in dem Bereich, der mit rund 1 ‰ des Aufwandes ohne weiteres die Anforderungen an ein ausgeglichenes Budget zu erfüllen vermag.

Der Stadtrat steht nach wie vor hinter diesem Budget 2007. Den Anträgen der bürgerlichen Mehrheit der GPK, die nach stundenlangen Diskussionen innert einer halben Stunde „zwäggeklopft“ wurden, kann der Stadtrat hingegen nichts Positives abgewinnen.

Die Appelle von GPK-Mitglied Rainer Schmidig an die bürgerlichen Mitglieder der GPK verhallten ebenso ungehört wie die Erklärungen meinerseits. Schade, gibt das – noch nicht genehmigte – Protokoll das Votum von GrSR Rainer Schmidig nur sehr rudimentär wieder. Er hat nämlich sinngemäss festgehalten, dass die GPK nun stundenlang alles geprüft und nichts nennenswert Unrichtiges festgestellt habe. Demzufolge stimmten die vorgelegten Zahlen. Er wäre der erste, der höheren Steuereinnahmen und auch einer Reduktion des Steuerfusses in der nunmehr von der GPK beantragten Höhe zustimmen würde – aber ohne eine nachvollziehbare Begründung sei ihm dies nicht möglich.

Das Budget 2007, das Ihnen die bürgerliche Mehrheit der GPK nun beantragt, ist in höchstem Masse unseriös. Es weist zwar einen Ertragsüberschuss von rund Fr. 2,2 Mio. auf, doch bestehen rund Fr. 5 Mio. davon oder rund 2,5% der Erträge aus nichts anderem als „warmer Luft“.

Die bürgerliche Mehrheit begründet die Erhöhung der Steuereinnahmen um Fr. 3 Mio. mit: *„Wir haben das Gefühl, es komme dann schon noch mehr“*.

Demgegenüber steht die schriftliche Stellungnahme von Werner Schwaninger der Kantonalen Steuerverwaltung vom 2. November 2006 mit folgendem Wortlaut:

„Wir beziehen uns auf die heutige telefonische Besprechung und bestätigen Ihnen, dass das aktuelle Steuersoll der juristischen Personen der Stadt Schaffhausen netto Fr. 22,3 Mio. beträgt (Total Fr. 24,3 Mio., abzüglich Fr. 2 Mio. pauschale Steueranrechnung, welche integral direkt an den Kanton weitergeleitet werden müssen). Diese erfreulichen Steuerleistungen sind einerseits auf die zurzeit gute Wirtschaftslage sowie auf die Erfolge der Wirtschaftsförderung mit Neuansiedlungen zurückzuführen. Dies zeigt auch ein Vergleich mit den Vorjahren. Zur gleichen Zeit im Jahre 2003 (Rezession) betrug das Steuersoll Fr. 12 Mio. Der grosse „Sprung“ nach oben kam im Jahre 2004 mit knapp Fr. 20 Mio. und ebenfalls knapp Fr. 20 Mio.

vor einem Jahr, im November 2005. Aufgrund der weiteren guten Wirtschaftslage erscheint uns als Prognose für 2007 ein Steuerertrag juristische Personen Stadt Schaffhausen von Fr. 22,3 Mio. realistisch mit einem maximalen „Spielraum“ nach oben von Fr. 1 Mio. Der Steuerertrag der juristischen Personen hängt sehr stark von der Wirtschaftslage ab, und diese scheint den Höhepunkt erreicht zu haben.“

Wir haben heute nochmals nachgefragt. Die Situation zeigt sich unverändert.

Wohlgemerkt, der erwähnte „Spielraum nach oben“ bezieht sich auf einen Steuerfuss von 107%, wie ihn der Stadtrat beantragt. Was die GPK mit den 105% ohne Korrektur am Budget 2007 im Sinne hat, das ist Pokern. Diese Beschäftigung hat mit seriösem Geschäftsgebahren jedoch nichts zu tun. Die bürgerlichen Mitglieder der GPK sind auf dem besten Wege, der Stadt mittelfristig Schaden zuzufügen, die Stadt zu demontieren. Ich frage sie hier: Wem soll das nützen oder wessen Interessen vertreten Sie hier?

Was glauben Sie, was das für Auswirkungen auf die Diskussion auf kantonaler Ebene über den Finanzausgleich, die endlich in bescheidenem Masse anvisierte, teilweise Ausgleiche der zentralörtlichen Leistungen hat, welche die Stadt seit Jahren – insbesondere auch im Bereich der Polizei – erbringt?

Die Stadt hat einen beträchtlichen Nachholbedarf bei den Investitionen (zum Beispiel Schulraumplanung, Kindergärten, Turnhallen, PASS, Quartierentwicklung).

Hinzu kommen grössere Vorhaben auf übergeordneter Ebene, deren Auswirkungen noch unklar sind:

- NFA mit einer zwangsweisen Reduktion des Steuerfusses um 8 Punkte, welche Sie zu den heute geforderten dazu zählen müssen.
- Altersbetreuungs- und Pflegegesetz, wo die Kosten der kranken und dementen älteren Bevölkerung vor allem auf die Gemeinden verschoben werden sollen.
- Revision der Unternehmenssteuern: Ein Termin ist vom Regierungsrat auf den 23.11.2006 vorgeschlagen worden.
- Mindereinnahmen in der Stadt: Diese belaufen sich jedoch auf mindestens Fr. 8 Mio.
- Ehepaarsplitting: Wurde dieses Jahr eingeführt, wird erst Ende Jahr Klarheit schaffen, wie gross die Ausfälle sein werden.

Gesamthaft ergeben sich Mindereinnahmen ab 2008 von bis zu Fr. 20 Mio. Deshalb rufe ich Sie wirklich auf, etwas weiter zu sehen als bis zur Ihrer Nasenspitze.

Die Stadt sollte Schulden abbauen und die Kehrseite der Medaille der antizyklischen Investitionspolitik der 90er-Jahre einlösen können. Dies funktioniert aber nicht, indem man uns die Einnahmen entzieht.

Der Stadtrat hat schliesslich auch klar zu erkennen gegeben, dass er schrittweise, vorsichtig und nachhaltig durchaus bereit ist, einen Beitrag an die sukzessive Reduktion der Steuerbelastung zu leisten.

Hier darf jedoch nicht vergessen werden, dass jede Steuerentlastung per Revision des Steuergesetzes auch zu entsprechenden Einnahmehausfällen auf kommunaler Ebene führt. Mit dem Budget 2007, das Ihnen die bürgerliche Mehrheit der GPK

beantragt, können Sie das vergessen.

Wie ich Ihnen schon im Rahmen der Beratungen der Rechnung 2005 sagte: *"Der Stadtrat legt Ihnen das Budget vor, das er verantworten kann. Das Parlament kann etwas anderes beschliessen – aber dafür müssen dann Sie die Verantwortung übernehmen"*.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen im Namen des Stadtrates:

- Den Antrag der GPK zu Pos. 9000.400.000 Gemeindesteuern um Fr. 2 Mio. zu kürzen und diese auf Fr. 104 Mio. festzusetzen; das hätte zur Folge, dass die Laufende Rechnung immer noch mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 227'000.-- abschliessen würde.
- Den Steuerfuss, wie vom Stadtrat beantragt, auf 107 Punkte festzusetzen. Was in Neuhausen möglich war, sollte hier ja auch möglich sein. Gemäss Aussage des FDP-Finanzreferenten von Zürich, Martin Vollenwyder, ist das Wichtigste für Neuzuzüger und Unternehmen ein stabiler Steuerfuss, mit dem zuverlässig gerechnet werden kann.

Im Übrigen kann sich der Stadtrat den Anträgen der GPK anschliessen, hat aber noch einen zusätzlichen Antrag, den ich in der GPK bereits angekündigt habe.

Der Regierungsrat wird dem Kantonsparlament beantragen, für Mitarbeitende bis und mit Alter 49 einen zusätzlichen Ferientag zu gewähren. Dies möchten wir - vorbehältlich der Zustimmung durch den Kantonsrat - in der Stadt auch einführen, was uns rund Fr. 100'000.-- kosten würde. Eine entsprechende Vorlage haben Sie auf Ihren Pulten liegen, mit dem separaten Antrag, einen vorbehältlichen Beschluss zu fassen, der nur in Kraft tritt, wenn der Kanton entsprechend entscheidet. Auch damit wären wir immer noch im positiven Bereich, was die Laufende Rechnung anbelangt.

Die Berichterstattung über den im Moment einzig verbleibenden WoV-Bereich haben Sie gehört; dem ist nichts beizufügen.

Zum angekündigten Antrag über die Indexierung der Renten werde ich dann Stellung nehmen, wenn der Antrag in der Detailberatung gestellt wird.

Weitere Fragen in der Detailberatung werden die Mitglieder des Stadtrates soweit möglich zu beantworten versuchen.

Zum **Schluss** noch ein paar Worte zur Wirtschaftslage:

Der Konjunkturbericht der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) wurde letzte Woche in verschiedenen Medien kurz, aber sehr euphorisch kommentiert. Liest man die Details, dabei muss man sich nicht einmal zwischen den Zeilen verirren, sieht es sehr viel differenzierter aus. 2007 – mit dieser Periode beschäftigen wir uns ja heute – wird die Suppe nicht mehr so heiss gegessen werden. Der Pressemitteilung von 27.10.06 ist zu entnehmen, dass der Konjunkturbarometer der KOF erneut ein sich verlangsamendes BIP-Wachstum ab Anfang des nächsten Jahres signalisiert, ab Mitte des Jahres 2006 bereits 0,4% nach unten zeigt und das provisorische BIP ab Anfang 2006 ebenfalls um 0,5% nach unten.

Die vom KOF regelmässig durchgeführten Konjunkturumfragen, veröffentlicht am

08.11.06, zeigen bei den *Banken* einen leichten Rückgang der Nachfrage und ein verschlechtertes Zinsgeschäft, im *Projektierungssektor* sieht es befriedigend bis gut aus und im *Baugewerbe* ist eine Zunahme gegenüber dem Vorquartal zu beobachten, allerdings weniger ausgeprägt als in den letzten Quartalen, doch trotzdem sind die Befragungen nicht mehr so zuversichtlich.

Im *Detailhandel* zeigte sich für den September eine überwiegend positive Geschäftslage für die grossen Betriebe, die kleineren schätzen die Lage eher skeptisch ein. Das *Gastgewerbe* beurteilt die Prognose als durchzogen und stuft vor allem die Anzahl der Beschäftigten in zu vielen Betrieben als zu hoch ein. Der *Versicherungssektor* äussert sich nicht mehr so zuversichtlich wie auch schon. Diese Informationen können Sie im Internet unter www.kofethz.ch nachlesen.

In Schaffhausen schliesst auf Ende Jahr die Migros zwei Geschäfte in zwei Quartieren, die nicht zu denjenigen gehören, die es leicht haben; in der ganzen Schweiz ist die Anzahl der Konkurse zurückgegangen, in Schaffhausen nicht.

Anlässlich der Neuzuzügerfeier von letzter Woche haben verschiedene Gäste berichtet, wenn sie ihren früheren Bekannten mitteilten, sie wohnten in Winterthur, Wollishofen oder Bern, dann sei die Reaktion „Ah jo“. Wenn sie heute sagen, sie wohnen in Schaffhausen, so töne es ganz anders, nämlich: „Wie schön!“

Wenn wir wollen, dass das so bleibt, kommen wir mit Pokern nicht weiter. Wenn wir der Stadt in allen Belangen Sorge tragen und dabei auch das solide finanzielle Fundament nicht vernachlässigen wollen, so sind die Chancen für eine weitere gedeihliche Entwicklung intakt.

Die Stadt braucht kein glanzvolles Budget, aber ein solides. Das, was Ihnen die GPK beantragt, hat mit Solidität gar nichts zu tun. “

Walter Hotz (FDP)

Votum

”Ich habe das Votum der Finanzreferentin zur Kenntnis und die Schelte über die bürgerlichen GPK-Mitglieder entgegen genommen, welche nicht sehr motivierend wirkte. Ich hoffe allerdings, dass die Finanzreferentin gegenüber ihren Mitarbeitenden motivierender ist als gegenüber uns.

Erlauben Sie folgende Bemerkungen: Wie hat das Budget in den letzten zwei Jahren ausgesehen? Sie haben immer Minus budgetiert und der Rechnungsabschluss war positiv. Was bedeutet dies? Ich lasse diese Frage offen.

Wir haben von der Steuerverwaltung eine Aufstellung des Steuersolls erhalten. Dort haben Sie gemäss Botschaft des Stadtrates vom 19.09.06 im Budget 07 im Hauptkataster Fr. 78 Mio., bei den juristischen Personen Fr. 20 Mio., total Fr. 98 Mio. aufgeführt.

Am 1. November 06 folgten neue Zahlen: Im Hauptkataster figurieren neu Fr. 75,7 Mio., bei den juristischen Personen Fr. 22,3. Jetzt frage ich Sie, wie Sie budgetieren.

Jedes Jahr teilen Sie uns mit, Sie würden die Verantwortung für das Budget nicht übernehmen. Offenbar erstellen Sie ein Budget und wollen die Verantwortung nicht übernehmen. Wir übernehmen diese gerne. Erinnern Sie sich bitte daran, dass wir in der GPK das Budget 2005 zurückgewiesen hatten. Zwei Wochen später haben Sie

plötzlich Fr. 1,6 Mio. plus budgetieren können.

Ich lasse mir nach stundenlangem Budgetstudium in der GPK nicht den Vorwurf gefallen, dass wir nicht kompetent seien. Das geht zu weit. Wir übernehmen die Verantwortung, die Steuereinnahmen um Fr. 3 Mio. zu erhöhen, und ich hoffe, nächstes Jahr wieder hier stehen zu dürfen und ein Erfolgserlebnis zu haben. “

SR Veronika Heller

Stellungnahme

”Ich möchte nicht falsch interpretiert werden: Ich habe deutlich gesagt, der **Stadtrat übernehme die Verantwortung für das Ihnen beantragte Budget**, aber NICHT für das von der GPK vorgeschlagene Budget.

Lassen Sie mich die Antwort Ihres Parteikollegen, des Stadtzürcher FDP-Finanzvorstandes Martin Vollenwyder, vortragen, welche in der NZZ vom 05.10.06 nachzulesen ist und die er auf die Frage *“Der Kanton schreibt wieder Defizite und steht vor einer neuerlichen Sparrunde. Die Stadt hat zwar rot budgetiert, wird jedoch einmal mehr schwarz abschliessen. Was macht die Stadt besser?”* gegeben hat.

Antwort von Martin Vollenwyder: *“Der Kanton hatte zu Beginn der Legislatur - in Zürich war dies im Jahr 2003 - eine unglückliche Hand bei der Budgetierung seiner Finanzen. In der Hochkonjunktur lagen die Ergebnisse immer über dem Budget. Das verleitete ihn dazu, in Zeiten des Wirtschaftsabschwungs keine Korrektur vorzunehmen, sondern in der gleichen Art weiterzufahren. Besonders optimistisch - und das war verheerend - zeigte er sich 2003. Das bewog den Kantonsrat sogar dazu, den Steuerfuss zu senken”.*

Das Schwierige ist ja eben gerade, dass wir uns im Bereich der *Prognosen* bewegen und tunlichst vorsichtig vorgehen müssen. Rainer Schmidig hat es sehr deutlich auf den Punkt gebracht. Wenn wir wirklich einen besseren Rechnungsabschluss wie das Budget vorweisen können, hat sich das Geld ja nicht in Luft aufgelöst. Wir können im Sommer 2008 beschliessen, ob wir Investitionen tätigen, Schulden abbauen oder einen Beitrag zur Steuerentlastung leisten wollen.

Alfred Zollinger (SVP)

Votum

”Die heute Abend gehörten Begriffe wie “Kaffeersatzlesen, Fahrlässigkeit und Wahlkampf” gehen zum einen Ohr hinein und zum anderen wieder hinaus. Wenn allerdings die Finanzreferentin unsere Arbeit als “unseriös” bezeichnet, geht dies für mich zu weit und bedeutet einen Tiefschlag knapp an der Gürtellinie.

Ich möchte die letzten Jahre wie folgt kommentieren:

Das Budget 04 wird mit einem Minusbetrag von Fr. 2,4 Mio. präsentiert, die Rechnung 04 schloss positiv mit Fr. 2,4 Mio. ab. Woher kommt diese Differenz? Die Steuereinnahmen beliefen sich auf Fr. 3,2 Mio. höher wie budgetiert. Zusätzlich wurden Abschreibungen in der Höhe von Fr. 4,2 Mio. getätigt.

Das Budget 05 zeigte ein Minus von Fr. 3,2 Mio., die Rechnung 05 schloss wiederum positiv mit Fr. 1,4 Mio. Die Steuereinnahmen betragen plus Fr. 6,2 Mio. gegenüber dem Budget, die Abschreibungen, auf 14% erhöht, beliefen sich auf Fr. 5,9 Mio. Es wurde noch eine Rückstellung von Fr. 1 Mio. gebildet, die wir heute wieder auflösen werden.

Zur Rechnung 2006 möchte ich Folgendes aus der Botschaft des Stadtrates zitieren, Seite 2, unten: *"Aus heutiger Sicht ist anzunehmen, dass in der Jahresrechnung 2006 statt eines Defizits ein Ertragsüberschuss ausgewiesen wird, dank der Auszahlung des Gemeindeanteils am Nationalbankgold"*.

Aus dem Zeitungsartikel in den SN vom 21.09.06, also einen Tag nach der Pressekonferenz, zitiere ich die Aussagen der Finanzreferentin wie folgt: *"Wie die Finanzreferentin offenbarte, dürfte die Jahresrechnung 2006 statt eines Defizites einen "Ertragsüberschuss" aufweisen. Nimmt man die neusten, hoffnungsvollen Prognosen über die Steuereingänge (die Nationalbankmillionen einmal ganz beiseite gelassen) als Basis für Spekulationen, dürfte sich in der Laufenden Rechnung ein substanzieller "schwarzer" Betrag ergeben"*.

Also können wir davon ausgehen, dass die Rechnung 2006 sicher nicht schlecht, sondern positiv ausfallen wird. Sie haben mir bestätigt, dass der Betrag von Fr. 23 Mio. Steuereinnahmen juristische Personen stimmt, nämlich Fr. 22,3 Mio. plus Fr. 1 Mio. vom Kanton, bestätigt durch Werner Schwaninger. Es stellt sich nun die Frage nach den Steuereinnahmen der natürlichen Personen. Auf dem Blatt, das Sie der GPK am 01.11.06 verteilt haben und welches bereits von Walter Hotz erwähnt wurde, haben Sie das Hauptkataster um Fr. 2,3 Mio. "heruntergefahren" und bei den juristischen Personen entsprechend "hochgefahren", per Saldo ein Nullsummenspiel.

Wenn ich nun die im Jahr 2006 ausgestellten Steuernrechnungen betrachte, stelle ich bezüglich der ordentlichen Steuern der politischen Gemeinde Schaffhausen und der Personalsteuer per 31.10.06 fest, dass diese sich auf einen Betrag von Fr. 80 Mio. belaufen. Nach dem kürzlich erfolgten Steuerlauf, per 14.11.06, steigt diese Zahl sogar auf Fr. 81,4 Mio., im Dezember könnten es durchaus auch Fr. 82 Mio. sein. Weil die GPK von der Finanzreferentin kein Zahlenmaterial erhalten hat, war ich als GPK-Präsident gezwungen, dieses selbst einzuholen.

Sie haben bezüglich der kantonalen Revision der Unternehmenssteuern den vom Regierungsrat auf den 23.11.06 festgesetzten Termin erwähnt. Ich bin schon etwas überrascht, dass die Stadt Schaffhausen als einzige Gemeinde an der vom Kanton einberufenen Informationsveranstaltung am 23.10.06 nicht vertreten war. So kann es nicht gehen. Es hätte bestimmt jemand delegiert werden können.

Im Zusammenhang mit dem NFA gebe ich Ihnen Recht. Ein schönes Zahlenmaterial wird präsentiert, aber der Kantonsrat muss bekanntlich ja noch über die Bücher gehen. Dies hat allerdings nichts mit unserer Steuerfussenkung von 3% zu tun. Wir werden sicher 2008 ein Budget haben, welches nur schwer mit dem Budget 2007 zu vergleichen ist. Genaue Details kenne ich nicht, die Finanzreferentin ist zu diesem Thema wahrscheinlich einigies besser im Bild.

Ich möchte Ihre heute Abend gemachte Aussage bezüglich Lohnerhöhungen der natürlichen Personen in den letzten Jahren klar widerlegen. Es stimmt nicht, dass *keine* Lohnerhöhungen stattgefunden haben, es war nur *nicht immer gar so viel*.

Ziel soll sein, dass wir mit einem gegenüber den Gemeinden "ennet dem Rhy" konkurrenzfähigen Steuerfuss Neuzuzüger anziehen wollen, obwohl ich Ihnen Recht gebe, dass der Steuerfuss nicht allein ausschlaggebend ist. Wenn eine Stadt wie Zug aufgrund steigender Steuereinnahmen wegen der guten Konjunktur den Steuerfuss um 3% senkt, bin ich der Meinung, dass wir auf der richtigen Linie mit

unserer Forderung sind. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

”Ich erlaube mir noch zwei Punkte klar zu stellen: Die Steuergesetzrevision wurde heute Abend mehrfach, auch vom GPK-Präsidenten Alfred Zollinger, erwähnt, welche tatsächlich per 2008 den juristischen Personen Entlastung bieten soll. Gleichzeitig wird eine Kompensation dieser Ausfälle stattfinden, indem diejenigen juristischen Personen, die bis anhin von Steuerentlastungen profitiert haben, zur Kasse gebeten werden.

Es wurde heute Abend vielfach erwähnt, dass wegen des NFA ab 2008 per Dekret Steuerfussenkungen von bis zu 8% auf uns zukommen werden. Wer sich ausführlicher mit dem Thema befasst, wird feststellen, dass eine *Lastenverschiebung* stattfindet. Logischerweise soll dort, wo Entlastungen erfolgen, der Steuerfuss angepasst werden.

Zum Thema Budgetverantwortung: Der Stadtrat steht in Verantwortung, wenn er sein Budget an den Grossen Stadtrat überweist, aber - wie aus den Anträgen explizit ersichtlich - ist es anschliessend am Parlament, nach Beratung, Prüfung und allfälliger Korrektur das Budget zu verabschieden und zu genehmigen. Das Parlament steht somit mit in der Verantwortung.

Die massvolle Steuerfussreduktion sowie die Korrektur der Steuereinnahmen der juristischen Personen sind materiell begründbar. Es gibt nicht nur die von der Finanzreferentin zitierten Negativmeldungen, die relevant sind. Sie wissen selbst, dass die Wirtschaft Ende Jahr gerne jammert, um beim ersten Quartsabschluss im neuen Jahr gut dazustehen. Insgesamt sind die Trends nach wie vor nicht nur als zurückhaltend positiv, sondern als sehr positiv zu beurteilen. Alfred Zollinger hat zu Recht darauf hingewiesen.

Ich möchte den Vorwurf, es gehe um “warme Luft” zurückweisen. Wenn wir die Steuersollkorrektur verlangen, sei es nun eine Erhöhung von Fr. 20 Mio. auf Fr. 22,3 Mio. oder Fr. 23 Mio., so könnte man auch von Kaffeesatzlesen sprechen.

Der langen Rede kurzer Sinn: Wir werden in rund 5 Stunden über die Anträge zu befinden haben und dann tatsächlich ausmehren können. Ich verzichte auf weitere Ausführungen. “

Marcel Wenger (Stadtpräsident)

Votum

”Haben Sie keine Angst, ich werde mein Geständnis - sofern es denn eines war - nicht widerrufen. Geständnisse können nur dann widerrufen werden, wenn das Unmittelbarkeitsprinzip herrscht. Dies war ein kleiner Exkurs in das Strafprozessrecht.

Die Differenzen aus diesem Saal kamen heute Abend eigentlich aus der Einschätzung der Zukunft. Der SR schätzt die Situation deutlich weniger optimistisch ein als die GPK. Verschiedene Redner haben versucht, aus ihrer Sicht zu zeigen, weshalb ihre Einschätzung der Lage richtig ist.

Ich möchte heute Abend noch eine sehr pragmatische Anmerkung machen: Der SR erlebt jeden zweiten Dienstagabend die politische Realität. Auf der einen Seite ist er bemüht, Gebühren anzupassen, die längst durch die Teuerung überholt sind, findet jedoch bei der linken Ratsseite keine Akzeptanz: Wenn im Budget Steuerspielraum

geortet werde, sollen auf keinen Fall die Gebühren erhöht werden.

Auf der anderen Ratsseite haben wir das politische Anliegen der permanenten Forderung nach Steuersenkung.

In dieser Lage und mit dem Zufallsgenerator der CVP in der Mitte, die dann jede zweite Sitzung zur Erhaltung unserer Standortattraktivität noch eine weitere "Bestellung", wie zum Beispiel den Bau von Alterswohnungen und die Einrichtung von Kindertagesstätten aufgibt, ist es absolut unmöglich, gleichzeitig Steuern zu senken, die Gebühren nicht zu erhöhen, Investitionen wie die Weltmeister zu tätigen und zu guter Letzt noch Schulden zurückzahlen.

Ich bin Rainer Schmidig dankbar, dass er darauf aufmerksam gemacht hat, dass diese Stadt noch immer einen sehr hohen Schuldenbestand aufweist, der sich auf zurzeit Fr. 140 Mio. beläuft. Die Stadt St. Gallen hat ungefähr den gleichen Schuldenbestand, ist aber fast dreimal so gross wie Schaffhausen. St. Gallen verfügt über ein Eigenkapital von Fr. 40 Mio., Schaffhausen hat lediglich Fr. 4,5 Mio. Eigenkapital. Das ist etwas weniger wie die Gemeinde Wagenhausen, die meines Wissens Fr. 15 Mio. Eigenkapital hat.

Deswegen ist die Zukunftseinschätzung des SR weniger optimistisch als von denjenigen, die den Steuerfuss um 5% senken wollen. Bitte treten Sie nicht darauf ein. Wir würden damit eine Steuerproduktivität verlieren, die bei einem Kapitalisierungszinsfuss von 5% der Verzinsung von Fr. 64 Mio. entspricht, die Hälfte unseres Schuldenbergs also, und das ist einfach zu viel.

Wenn Sie auf die sichere Seite des SR gehen, haben Sie mit Fr. 0,8 Mio. ungefähr Fr. 16 Mio., die Sie zu 5% verzinsen können. Das ist angesichts der verschiedenen Unsicherheiten verkraftbar.

Der fünfköpfige Stadtrat weiss auch aus Erfahrung, wie es ist, wenn von einem Jahr auf das nächste plötzlich Fr. 7 Mio. in der Steuercasse fehlen. In den Jahren 1997 und 2001 hatten wir massive Einbrüche aufgrund schneller konjunktureller Einbrüche, die wir nicht voraussehen konnten. Wer garantiert uns, dass so etwas in nächster Zeit nicht wieder auf uns zukommen wird? Es befinden sich zurzeit Leute an den Ölhähnen dieser Weltwirtschaft, die damit gefährlich "herumzünseln" und in der Finanzwirtschaft sitzen Leute, die mit Instrumenten arbeiten, die sogar von der zurückhaltenden "Monde diplomatique" als "économie des apprenti-sorcier" (Wirtschaft der Zauberlehrlinge) betitelt wird. Die Risiken bei den einzelnen Hedge Funds sind weltweit derart gestiegen, dass nicht einmal mehr die Nationalbanken die Risiken abschätzen können. Dies hat zwar so direkt keinen Einfluss auf Schaffhausen.

Bitte halten Sie sich die Situation vor Augen, die wir zurzeit im Kanton vor uns haben. Wir wissen letztlich nicht, wie viele Millionen wir durch den kantonalen Finanzausgleich dazu gewinnen oder verlieren werden. Auch der Kanton verfügt über keine näheren Details, und ob tatsächlich die Fr. 1,5 Mio. Minderbelastung bei der Schaffhauser Polizei bestehen bleibt, ist Sache des Kantonsrates, der, wie auch der Grosse Stadtrat, immer für Überraschungen gut ist. Ich möchte mich des Kommentars, ob das Resultat positiv oder negativ sein wird, enthalten.

Ich stimme der Aussage von Peter Neukomm bezüglich der Steuersenkung von 5% zu, wenn er sagt, dass jeder Gemeindepräsident, der im Grossen Rat ist, in einen Erklärungsnotstand gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern gerate, um zu

erklären, mit welchem Betrag über den Finanzausgleich dazu beigetragen werden muss, damit die Stadt Fr. 1,5 Mio. weniger Polizeikosten zu tragen hat.

Entscheiden Sie weise, entscheiden Sie im Sinne des Stadtrates. Vorsicht ist nicht nur die Mutter der Porzellankiste, sondern auch der Finanzschatulle. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde, Eintreten ist somit beschlossen.

Es folgt eine ungefähr einstündige Pause bis 19.10 Uhr.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, verliest die **Leistungsvereinbarung/Globalbudget 2007 der Stadt Schaffhausen, Bereich Stadtgärtnerei**, Seite 3 bis 17.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, verliest den Voranschlag 2007 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, **III. Laufende Rechnung, Seiten 13 bis 100**.

Wortmeldungen zur Laufenden Rechnung:

Zu Seite 16

Martin Egger (FDP)

0201 Steuerverwaltung:

”Die Ausgangssituation ist seit der gestrigen Kantonsratssitzung klarer, aber nicht abschliessend klar. In Verhältnis 2 : 1 hat der Kantonsrat einer Zentralisierung und mit 39 : 37 Stimmen einer freiwilligen Volksabstimmung zugestimmt. Ich habe zwar die Volksabstimmung abgelehnt, kann dem aber durchaus etwas Positives abgewinnen, weil nach der Volksabstimmung für Interpretationen kein Spielraum mehr bestehen wird. Meine Frage zur angesprochenen Position lautet wie folgt: Hat sich der SR Gedanken gemacht, was passiert, wenn das Abstimmungsresultat im März 2007 positiv ausfallen wird? Wie verändert sich die angesprochene Budgetposition durch die mögliche Zentralisierung der städtischen Steuerverwaltung?”

SR Veronika Heller:

”Von den Räumlichkeiten, die per 01.01.07 im Waldhaus zur Verfügung stehen müssten, ist ein Grossteil noch nicht bereit. Ungefähr 7 Büros sind bezugsbereit, weitere rund 25 noch nicht. Ob der SR dem RR den Antrag zur Übernahme der Steuerverwaltung stellen wird, ist heute Morgen wegen Krankheit vom Stadtpräsidenten Marcel Wenger und Abwesenheit an einer Tagung von SR Thomas Feurer noch nicht abschliessend beraten worden. Ausserdem gibt es verschiedene Faktoren, die entsprechend geprüft werden müssen, wie zum Beispiel die Dauer der Übergangszeit, der genaue Zeitpunkt der Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten und die Übergangsregelung in der Vorlage selbst (3 Jahre). Ich kann Ihnen heute nicht abschliessend voraussagen, ob das Budget 2007 bereits tangiert wird oder erst das Budget 2008. “

Zu Seite 18**Iren Eichenberger (OeBS)****0220 Stadtkanzlei****301.000 Besoldungen und 0259 Bausekretariat:**

"Diese Position ist seit der Rechnung 2005 um Fr. 200'000.-- gestiegen. Im Kommentar findet man die Erklärung, dass dies wegen einer Stellenaufteilung in zweimal 50% und wegen einer Praktikantenstelle sei. Zufällig habe ich dann bei der Position **0259 Bausekretariat** entdeckt, dass die Rechtsberatungsstelle zur Stadtkanzlei verschoben wurde. Ein zukünftig etwas umfassender Kommentar bei grossen Beträgen hätte für ein besseres Verständnis gesorgt. "

SR Peter Käppler:

"Es ist tatsächlich so, dass mit der im letzten Jahr eingeführten Neuaufteilung die Rechtsberatung bei der Stadtkanzlei angesiedelt wurde und somit auch die Lohnkosten dort angesiedelt werden. Die Praktikantin ersetzte Karin Sigrist-Steuri während ihrer Schwangerschaft. Insgesamt sind die Lohnkosten etwa gleich geblieben. "

Zu Seite 22**0280 Allgemeiner Personalaufwand****301.011 Korrekturfaktor Personalaufwendungen****SR Veronika Heller:**

"Hier stelle ich Ihnen im Namen des Stadtrates den bereits in der GPK vorbesprochenen Antrag auf einen zusätzlichen Ferientag für Mitarbeitende bis und mit Alter 49. Die Vorlage dazu, datiert mit 14.11.06, liegt auf Ihren Pulten auf. Der Korrekturfaktor auf Position 0280 301.011 beträgt - Fr. 100'000.--. Es ist ein Antrag mit einem Vorbehalt: Eine Inkraftsetzung erfolgt nur, wenn der Kantonsrat den vom RR gestellten Antrag auf den zusätzlichen Ferientag für Mitarbeitende bis und mit Alter 49 ebenfalls gutheisst. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst diesen Antrag mit 45 : 0 Stimmen gut.

Zu Seite 23**Christian Hablützel (SP)****0300 Leistungen für Pensionierte****307.001 fehlende Kontonummer, die neu eingeführt werden sollte:**

"Ich werde Ihnen beliebt machen, unter dieser neu einzuführenden Position Fr. 170'000.-- Zuschuss an den Teuerungsausgleich für Rentnerinnen und Rentner einzusetzen. Wir haben vorher lange Voten gehört. Es wurden dicke Bärenfelle verteilt, allerdings von Bären, die noch gar nicht erlegt worden sind. Wir haben uns in konjunkturellen Höhenflügen geübt und gleichzeitig ist festgehalten worden, dass sämtliche, auch die niedrigen Löhne in den letzten Jahren an allgemeinen Lohnerhöhungen und dem Teuerungsausgleich partizipiert hätten. Ich lese Ihnen aus dem Brief der Kantonalen Pensionskasse vor, wie dies für die Rentnerinnen und Renter aussieht: *"Zuwachs der Teuerung seit der letzten Anpassung/Landesindex der Konsumentenpreise 30.09.2000: 107 Punkte. Zuwachs bis heute in Prozenten: 4,86%"*, welche nicht ausgeglichen wurden. Eine Anpassung der Renten auf die Höhe der Indexe ohne Kaufkraftverlust für die Rentnerinnen und Rentner würde einen Betrag von Fr. 633'600.-- bedeuten. Ich habe mich entschlossen, bei meinem

Antrag bescheiden zu bleiben. Ich beantrage Ihnen, einen einmaligen Zuschuss von 1,2% zu sprechen, was dem vom Kanton gewährten Satz für die allgemeinen Lohnerhöhungen für dieses Jahr entspricht. Dieser Betrag ist einmalig und wird über die Kantonale Pensionskasse ausbezahlt werden. Er beläuft sich auf Fr. 170'000.--. Ich möchte ein Gegenargument bereits jetzt vorweg nehmen: In der heutigen Diskussion wurde immer angeführt, dass die heute Werkstätigen mangels fehlendem Deckungsgrad der Pensionskasse einen Beitrag zu leisten hätten, der nicht rentenwirksam wird, aber zur 100%igen Deckung der PK führen wird. Ich zitiere erneut aus dem Brief der Pensionskasse: *"Seit dem 01.01.05 leisten die Aktivversicherten und die bei der Kantonalen Pensionskasse angeschlossenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Sonderbeiträge. Den Rentnerinnen und Rentnern wurde seit dem 01.01.01 keine Anpassung mehr gewährt, das heisst der Beitrag der Rentnerinnen und Rentner an die Sanierung hat bereits im Jahre 2001 angefangen"*. Damit kann ich den Schluss ziehen, dass es nicht mehr wie rechtens ist, in Zeiten der Hochjunktur den Rentnerinnen und Rentnern ein bescheidenes Zeichen zu setzen, insbesondere wenn wir zurzeit mit Steuermillionen um uns schleudern. Ich bitte Sie, meinem Antrag unter der neu einzuführenden Kontonummer stattzugeben. "

SR Veronika Heller:

"Der Stadtrat hat diese Frage ebenfalls bereits vor dem Eintreffens des Briefes der Kantonalen Pensionskasse eingehend beraten. Er ist zum Schluss gekommen, dass der Teuerungsausgleich für die Renten nicht vorfinanziert ist, die Erwerbstätigen Opfer zur Sanierung der PK mit 1% des versicherten Lohnes bringen (ungefähr Fr. 600'000.--), diese Beiträge nicht rentenbildend sind und die Arbeitgeberin Stadt 1,5% an die Sanierung der PK (ungefähr Fr. 900'000.--) zahlt. Es erscheint daher nicht mehr wie logisch, dass auch die Rentnerinnen und Rentner ihren solidarischen Beitrag leisten. Bei der kantonalen PK sind einige Veränderungen absehbar, zum Beispiel die Äufnung eines Fonds, der den Ausgleich dieser nicht vorfinanzierten Renten ins Auge fassen sollte. Der SR ist der Auffassung, dass zusätzliche Aufwendungen, für die keine gesetzliche Verpflichtung besteht, nicht zu verkraften wären. Ihr Parlament hat ausserdem immer wieder gefordert, mit dem Kanton gleichzuziehen. Soweit mir bekannt ist, wird der Regierungsrat beim Kantonsrat ebenfalls eine Ablehnung des Teuerungsausgleiches beantragen. Was der Kantonsrat damit machen wird, entzieht sich allerdings meiner Kenntnis. Wir müssen davon ausgehen, dass es jetzt keinen Sinn macht, heute Abend vorzupreschen. Weitere Details über den aktuellen Stand könnte Rainer Schmidig allenfalls kennen. Möglich wäre, dass noch Sanierungsbeiträge für das nächste Jahr erhoben werden. Aber es ist davon auszugehen, dass diese bei einer 100%-Deckung wegfallen werden. Wir bewegen uns hier im Bereich der Prognosen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen. "

Peter Neukomm (SP):

"Ich habe Mühe mit der Aussage, man könne sich die Kaufkraft der Pensionierten nicht leisten, wenn man gleichzeitig Steuern senkt. Ich finde es einen Akt der Gerechtigkeit, die Kaufkraft nicht nur bei der Aktivgeneration zu erhalten, sondern auch für Rentnerinnen und Rentner, die schon seit vielen Jahren auf eine Anpassung verzichtet haben. Die Teuerungsanpassung sollte mindestens im gleichen Betrag wie bei der aktiven Generation erfolgen. Bitte erinnern Sie sich daran, wer diese Teuerung bekommt. Es ist eben nicht so, dass sie bei uns *niemand* bekommt, beim Kanton bekommt sie voraussichtlich niemand, was ja angesichts der finanziell guten Lage des Kantons noch lächerlicher ist. Es gibt mindestens 8 Gemeinden im Kanton, welche die Teuerung bezahlen. Neuhausen bezahlt die

Hälfte und zum Beispiel die Stiftung Lindli Huus, EKS und die Kantonalbank bezahlen ihren Pensionierten den Teuerungsausgleich. Es ist auch eine Frage der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, ob sie dafür Sorge trägt, dass ihre Pensionierten, die lange dazu beigetragen haben, dass es dieser Stadt gut geht, auch an den Erfolgen teilhaben lassen. Wenn wir schon Steuern senken, können wir hier ein Zeichen setzen. Ich beantrage, dass Sie dem Antrag zustimmen und stelle Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf. “

Alfred Zollinger (SP):

”In der GPK wurde dieser Antrag mit 4 : 3 Stimmen abgelehnt. Die städtischen und kantonalen Pensionierten sollten gleich behandelt und keine Differenzen geschaffen werden. Die Stadt hat während zwei Jahren bezahlt, während im Kanton keine Auszahlung erfolgte. Bitte folgen Sie der von der GPK beantragten Ablehnung. Als Beispiel kann ich noch meinen ehemaligen Arbeitgeber anführen, eine Bank, deren Pensionskasse sicher besser finanziert ist und trotzdem keinen Teuerungsausgleich gewährt. “

Abstimmung unter Namensaufruf:

Der Grosse Stadtrat lehnt mit 26 : 22 Stimmen den von Christian Hablützel (SP) gestellten Antrag ab.

Zu Seite 23

Iren Eichenberger (OeBS)

0300 Leistungen für Pensionierte

307.000 Ruhegehaltsfonds des Stadtrates, Übernahme des Defizites:

”Im Kantonsrat wurde eine Vorlage darüber behandelt. Es ging darum, die Aufsicht über die Pensionskassen an den Kanton Zürich zu delegieren und in diesem Zusammenhang war die Rede davon, dass in der Stadt eine Vorlage an den Grossen Stadtrat folgen werde. Meine Frage lautet nun: Ist bis Ende dieses Jahres noch etwas vorgesehen? “

SR Veronika Heller:

”Ich versuche, diese Frage in Abwesenheit des Stadtpräsidenten zu beantworten. Er hat in der GPK ausführlich darüber berichtet, wann die Motion Walch beantwortet sein wird. Vermutlich dürfte dies im Frühjahr 2007 erfolgen. “

Rainer Schmidig (EVP) informiert, dass eine Arbeitsgruppe gebildet wird, welche dieses Thema ausführlich bearbeiten und sich am 11. Januar 2007 erstmals treffen wird.

Zu Seite 27

Iren Eichenberger (OeBS)

1030 Vormundschaftsbehörde

1040 Amtsvormundschaft:

”Es würde mich interessieren, wie die Vormundschaftsbehörde und die Amtsvormundschaft umorganisiert wurden. Wo sind die jeweiligen Aufgaben neu angesiedelt? Hat die neue Lösung Folgen für die Mitarbeitenden und Klienten? “

SR Thomas Feurer:

”Im Zusammenhang mit der Reorganisation der Stadtverwaltung wurde das

Erbschafts- und Vormundschaftsamt getrennt, auch buchhalterisch. Im Sozialreferat wurde gleichzeitig die Amtsvormundschaft in den Bereich *Soziales* integriert. Die betroffenen Mitarbeitenden unterscheiden nicht mehr zwischen Sozialberatung, Sozialhilfe oder Mandatsträgerschaft, was zu einer Bereicherung ihrer Jobs geführt hat. Dieser Schritt hat sich für alle Beteiligten sehr bewährt. Durch die Bildung von grösseren Teams fühlen sich die Mitarbeitenden besser "aufgehoben". Auch wenn in der Schweiz dieser Trennungsschritt mit gewisser Skepsis beobachtet wurde, hat er sich in der Praxis bewährt. Aufgaben, die sich ja auch bisher bis zu 70% überschritten haben, können effizient und in guten Teamgrössen umgesetzt werden. Für eine abschliessende Beantwortung hinsichtlich Auswirkungen für die Klienten, ist es noch zu früh. Ich werde zu einem späteren Zeitpunkt gerne auf dieses Thema zurückkommen. "

Zu Seite 41**Peter Neukomm (SP)****3000 Bibliotheken****Zu Seite 62****5703 Altersheim Steig:**

"Es geht um die Antwort des Stadtrates auf meine Kleine Anfrage bezüglich zusätzlicher Nischenarbeitsplätze in der Stadt Schaffhausen vom 17.10.06, Seite 2, wo nachzulesen ist, dass in der Stadt Schaffhausen Nischenarbeitsplätze *geschützte Arbeitsplätze* genannt werden und im Altersheim Steig maximal 2 und in den Bibliotheken maximal 1 Person angestellt werden könnten. Diese zusätzlichen Arbeitsplätze seien nicht im Budget enthalten, und die notwendigen Mittel müssten noch bewilligt werden. Das Parlament sprach sich damals für das Angebot zusätzlicher Nischenarbeitsplätze aus. Ich stelle jedoch heute Abend keinen Antrag, weil wir die Höhe eines einzusetzenden Betrags unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände des Arbeitssuchenden nur sehr schwer quantifizieren können. Ich möchte Ihnen deshalb beliebt machen, dem SR einen Auftrag zu geben, geschützte Arbeitsplätze *innert kurzer Frist* zu schaffen, und zwar durch Nachtragskredite, die allenfalls im Budget 2008 ausgewiesen werden. Ich bitte die Fraktionen darum, dazu Stellung zu nehmen. Wer dies nicht tut, ist mit dem von mir vorgeschlagenen Auftrag an den Stadtrat einverstanden. Nicht nur die Privatwirtschaft, sondern auch die Stadt muss eine Vorbildfunktion erfüllen und hat den Auftrag, sich für Menschen, die an der unteren Skala unserer Gesellschaft sind, zu verpflichten. Es stände der Stadt gut an, wenn sie diese 3 geschützten Arbeitsplätze möglichst schnell schaffen würde. "

SR Thomas Feurer:

"Der Stadtrat versteht diesen Antrag als permanenten Auftrag und nimmt diese Verantwortung gerne wahr, dort Arbeitsplätze zu schaffen, wo es möglich ist. Das Problem liegt nicht bei der Entlohnung, welche nicht über das Budget, sondern meistens über die IV, die Stiftung Impuls oder sonstige Gefässe läuft. Es stellt sich das Problem der *physischen* Möglichkeiten, einen Arbeitsplatz bereitzustellen. Bei den Bibliotheken ist dies zum Beispiel der Fall. Beim Altersheim Steig müsste eine Abklärung stattfinden. Der Stadtrat nimmt seine Verantwortung, Nischenarbeitsplätze zu schaffen, gerne auch in Zukunft wahr. "

Zu Seite 46**Christoph Lenz (AL)**

3095 Übrige Kulturförderung:

„Die GPK hat den Antrag gestellt, beim 365.106 Beitrag an Betriebsorganisation KiK Fr. 10'000.-- zu kürzen. Ich unterstütze dieses Anliegen, da dieser Betrag bislang nicht vollumfänglich ausgeschöpft wurde und mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt wurden, als tatsächlich notwendig. Ich möchte Folgendes beantragen: Die Schaffhauser Kulturförderung kann nicht noch weiter ausgehungert werden. Ich beantrage, die Position 365.103 Kulturförderung, freie Kulturschaffende mit Fr. 10'000.-- aufzustocken. Die Kulturförderung in Schaffhausen ist im Vergleich zu ähnlich grossen Städten wie Biel, Chur und Thun nicht gerade rosig mit Finanzen ausgestattet. So könnte das Kulturschaffen freier Kulturschaffender sehr zielgerecht und effektiv in Schaffhausen gefördert werden, da nur jene in die Gunst dieser Förderung kommen, die auch einen aktiven Beitrag leisten.“

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt mit 25 : 20 Stimmen den von Christoph Lenz (AL) gestellten Antrag ab.

Zu Seite 46**Martin Egger (FDP)****3095 Übrige Kulturförderung****365.105 Beitrag Hallen für Neue Kunst:**

„Aus der GPK habe ich sehr positive Signale gehört. Das Gutachten zu den verfassungs- und finanzhaushaltrechtlichen Fragen von Prof. Dr. iur. Giovanni Biaggini liegt vor. Auf Ende 2007 soll eine Vorlage im GrSR präsentiert werden. Es sei vorgesehen, das ganze Gebäude, inklusive des unteren Stockwerkes, in dem die Signalisationsabteilung platziert werden soll, der Kultur zur Verfügung zu stellen. Das Gebäude werde vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen transferiert, und zwar mittels einer Volksabstimmung. Ich stehe diesem Vorgehen grundsätzlich positiv gegenüber, möchte aber vom Stadtrat wissen, ob dem so ist und ob meine via Buschtelefon gehörten Details korrekt sind.“

SR Veronika Heller:

„Ich möchte mich dazu nicht konkret äussern, weil es das Geschäft des Stadtpräsidenten ist. Neue Lösungen werden nicht ohne Parlament in Angriff genommen. Sie werden also frühzeitig über die geplanten Schritte informiert.“

Zu Seite 66**Iren Eichenberger (OeBS)****5700 Heime****434.301 Vergütungen für Extraleistungen an die Heimbewohner:**

„Bei allen städtischen Altersheimen fällt die Position 434.301 auf, wo neu Extraleistungen für PensionärInnen ab BESA I verrechnet werden. Meine Frage lautet wie folgt: Werden diese zusätzlichen Kosten für die BewohnerInnen anderswo ausgeglichen. Falls nein, wie werden sie von den PensionärInnen finanziert, durch Beiträge der Krankenkasse, der IV oder bei tiefen Einkommen durch die EL?“

SR Urs Hunziker:

„Die Antwort ist relativ einfach. Wir haben per 01.10.06 einen Systemwechsel bei Heimtaxen vorgenommen. Bis anhin wurden bei BESA-Fällen jeweils die Hilflosenentschädigungen dieser Personen in Rechnung gestellt. Dies ist verschiedentlich rechtlich angefochten worden, und unsere Rechtsberatung hat uns

zu einem Systemwechsel geraten. Das heisst, dass bei den Positionen 432.006 keine Beträge mehr vorgesehen sind, denn die Einnahmen bei der Hilflosenentschädigungen entfallen gänzlich. Bei den Positionen 434.304 wird neu ein sogenannter Betreuungszuschlag verrechnet, welcher die Einnahmen der weggefallenen Hilflosenentschädigungen kompensiert. Auf der anderen Seite haben wir die Verpflegungsgelder, Position 432.002, je nach Heim und Komfort leicht bis kräftig reduziert, sodass "unter dem Strich" für die Bewohnerinnen und Bewohner in etwa die gleichen Taxen resultierten. Per 01.10.06 wurde dieses System umgesetzt. Wir haben eine spezielle "Sicherung" für allfällig auftretende sehr seltene Härtefälle eingebaut, die aber bisher nicht beansprucht wurde. Von einem geringen Taxaufschlag betroffenen werden Bewohnerinnen und Bewohner, die auch bisher einen niedrigen Pflegebedarf, das heisst BESA Stufe 1, haben und die Wartefrist für die HiLo Entschädigung (1 Jahr) noch nicht abgelaufen ist. In den meisten Fällen sind jedoch die Pensionspreise um rund Fr. 15.--/Tag reduziert worden. "

Der **Ratspräsident** fügt erläuternd hinzu, dass das BESA-System ein vierstufiges *BewohnerInnen-Einstufungs- und Abrechnungssystem* darstellt.

Christoph Schlatter (SP)

Zu Seite 75

5895 Wohngemeinschaft Geissberg

316.000 Mietzinse:

"Die Liegenschaft befindet sich im Besitz des Kantons. Im Vorjahr wurden Fr. 82'300.-- für Mietzinse aufgewendet. Für das Jahr 2007 werden Fr. 132'000.-- budgetiert. Hat der Kanton die Liegenschaft renoviert? Benötigt der Kanton die Liegenschaft für andere Zwecke und signalisiert dies mit einer Erhöhung des Mietzinses gegenüber der Wohngemeinschaft oder welche anderen Gründe macht der Kanton gegenüber der Stadt für diese Mietzinserhöhung geltend? "

SR Thomas Feurer:

"Der Kanton musste aufgrund feuerpolizeilicher Auflagen Renovationen durchführen, welche auch eine Komforterhöhung zur Folge hatten. Der Mietzinsaufschlag von Fr. 50'000.-- entspricht nicht ganz der Amortisation von Fr. 1 Mio. und stellt eine faire Mietzinsregelung mit dem Kanton dar. Der neue Mietvertrag wurde über eine Gesamtdauer von 10 Jahren abgeschlossen, kann frühestens nach 5 Jahren gekündigt werden und zwingt uns nicht, für die verbleibende Amortisation aufkommen zu müssen. Die Mehrkosten für die einzelnen Zimmer sind gering und unsere Partnergemeinden sind über die geplante Mietzinserhöhung frühzeitig informiert worden. Das Defizit bewegt sich im Rahmen der Vorjahre. "

Zu Seite 77

Mariann Keller (SP)

5900 Hilfsaktionen im In- und Ausland

367.000 Beiträge an Institutionen und Organisationen zugunsten des In- und Auslandes:

"In der GPK wurde eine Reduktion von Fr. 120'000.-- auf Fr. 80'000.--- mit 5 : 2 Stimmen gutgeheissen. Die belassenen Fr. 80'000.-- gehen an gemeinsame Entwicklungsprojekte im Rahmen der Städtepartnerschaft mit St. Gallen und Winterthur. Die gestrichenen Fr. 40'000.-- hat der Stadtrat für humanitäre Hilfe oder Hilfe in Katastrophenfällen nach eigenem Ermessen eingesetzt. Die SP/AL-Fraktion möchte an dieser Stelle den Antrag stellen, den Betrag wieder auf die ursprünglichen

Fr. 120'000.-- zu erhöhen. Es kann doch nicht sein, dass in einem Katastrophenfall ein Nachtragskredit beantragt werden muss, wenn Soforthilfe nötig ist. Ich finde es wichtig, dass der Stadtrat in diesem Bereich Entscheidungsfreiheit hat und entsprechende Zeichen setzen kann. Ich bin sicher, dass Sie diese Entscheidung mit dem besten Wissen und Gewissen fällen werden. "

Alfred Zollinger (SVP):

"Mit 5 : 2 Stimmen wurde in der GPK diese Reduktion vorgenommen. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen, der in der GPK bereits ausführlich diskutiert wurde. Der Betrag von Fr. 80'000.-- ist für Entwicklungsprojekte im In- und Ausland im Rahmen der Städtepartnerschaft mit St. Gallen und Winterthur. Durch einen Nachtragskredit kann der Stadtrat *jederzeit* nach Bedarf reagieren und kann erst noch eine gewisse Publicity damit verbinden. "

Kurt Zubler (SP):

"Unser Anliegen besteht darin, dass das Stadtparlament mit dem Belassen des Betrages im Budget *explizit* dahinter steht, dass im Katastrophenfall die Stadt ein entsprechendes Engagement eingehen und ein deutliches Zeichen setzen kann, ohne das Prozedere eines Nachtragkredites. Es geht um eine *grundsätzliche Willenskundgebung* von Seiten des Parlamentes. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt mit 27 : 20 Stimmen den von Mariann Keller (SP) gestellten Antrag ab.

Mariann Keller (SP)

Seite 78

6200 Strassenverkehrsanlagen

314.007 Ausbau von Fuss- und Radwegen:

"Der Betrag von Fr. 25'000.-- wurde in der GPK mit 4 : 3 Stimmen gestrichen, mit der Begründung, dass zuerst ein Gesamtkonzept vorliegen müsse, das die Verkehrssituation an der Stokarbergstrasse verbessert. Da die Stokarbergstrasse von Pendlern oft als Schleichweg benutzt wird, entstehen im Zusammenhang mit den Schulkindern gefährliche Situationen. Niemand bestreitet, dass Handlungsbedarf besteht. Ein Gesamtkonzept ist wünschenswert und auch aus unserer Sicht unterstützungswürdig. Bis dieses jedoch ausgearbeitet und bewilligt ist, verstreicht viel Zeit, was wir ja alle bestens wissen. Deshalb möchte die SP/AL-Fraktion beliebt machen, den Betrag für die Aufpflasterung des Fussgängerstreifens vor der Einmündung in die Steigstrasse zu belassen, weil jeder Unfall und jede mögliche Gefährdung eines Schulkindes während der Wartezeit auf das Gesamtkonzept zu viel ist. Jedoch ist eine Aufpflasterung von nur 6cm in einem Auto kaum spürbar und wird demzufolge sich auch nicht auf das Fahrverhalten auswirken. Deshalb möchten wir den Stadtrat bitten, diese um einige Zentimeter zu erhöhen, damit sie auch die beabsichtigte Wirkung zeigt und die Fussgänger schützt. Allenfalls ist es auch möglich, diese Sicherheitsmassnahme in einem späteren Gesamtkonzept zu belassen, damit nicht doppelte Kosten entstehen. "

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

"Ich spreche als Mutter von 2 Kindern, die in die Steig-Schule gehen. Beim Einmünden von der Rosenbergstrasse in die Stokarbergstrasse wurde eine Aufpflasterung angebracht, eine weitere findet sich auf der Höhe der Schildgutstrasse. Danach wird die Strasse abschüssig und beim Altersheim Steig

und der Steig-Schule fahren die Autofahrer trotz Signalisation garantiert schneller wie 30 km/h. Dies kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Der Bereich des Schulhofes ist nicht gesichert. Die Kinder müssen für den Religionsunterricht im Pfarrhaus die Strasse überqueren oder spielen im Schulhof und sind sich keinerlei Gefahr bewusst. Sie wiegen sich in einer falschen Sicherheit. Warum hat die GPK die Streichung der Fr. 25'000.-- beantragt? Der SR wurde beauftragt, ein *Gesamtkonzept* zur Verkehrsberuhigung der Stokarbergstrasse vorzulegen. Der Schleichverkehr muss in Zukunft verhindert werden. Eine Einzelmassnahme im Bereich des Fussgängerstreifens bringt nicht den gewünschten Erfolg. Lieber warten und dann etwas Rechtes statt ein Flickwerk. Das Gewissen wäre damit vorerst beruhigt und das Gesamtkonzept entsprechend zurückgestellt. Ich bitte Sie, dem Antrag der GPK zuzustimmen. “

Edgar Zehnder (SVP):

”Ich werde mich heute Abend auf die andere Seite stellen und meine Meinung in der Folge begründen. Ich möchte vorausschicken, dass keinerlei Eigeninteresse damit verbunden sind. Ich bin als Parlamentsvertreter in der AG Quartierverkehrskonzepte und habe damals dem Übergang zugestimmt. Wenn ich einigermaßen konsequent bleiben will, werde ich heute Abend auch der Beibehaltung von Fr. 25'000.-- zustimmen. Die geplante Massnahme wird auch später in ein Gesamtverkehrskonzept integriert werden können. “

Rainer Schmidig (EVP):

”Ich werde hinter dem Entscheid der GPK stehen, und zwar aus folgendem Grund: Eine höhere Aufpflästerung genau dort, wo Velofahrer von der Steigstrasse in die Stokarbergstrasse einbiegen, ist sehr gefährlich. Ich möchte den Stadtrat auffordern, nicht ein Jahr für das Gesamtkonzept zu warten. Es braucht höchstens zwei bis drei Monate, um etwas zu unternehmen. “

Erwin Sutter (EDU):

”Ich kenne die Situation aus eigener täglicher Erfahrung. Von Neuhausen kommend herrscht an der Einmündung beim Wiesli in die Rietstrasse meistens Stau, und zwar für diejenigen, die rechts und links in die Rietstrasse abbiegen wollen. Daher benutzen viele Leute von Neuhausen den Schleichweg über die Stokarbergstrasse. Die Einmündung beim Wiesli müsste saniert werden, damit dies unterbunden werden kann. “

SR Peter Kämpfer:

”Verkehrspolitik ist nicht einfach, selbst für eine Strasse, die für Schaffhausen nur Zubringerbedeutung hat und nicht als Durchgangsverkehrsstrasse gilt. Die Stokarbergstrasse hat mittlerweile allerdings diesen Status erhalten. Es ist nicht einfach, eine optimale Lösung zu finden. Die im Budget vorgeschlagene Massnahme, die den Fussgängerübergang zur mit einer Ampel geregelten Kreuzung mit der Steigstrasse sicherstellen soll, ist als Sofortmassnahme gedacht, um den kritischsten Punkt zu verbessern. Das Baureferat prüfte jedoch auch bereits verschiedene andere Massnahmen. Wenn der im Budget 07 eingeplante Betrag gestrichen wird, muss eventuell mit einem Nachtragskredit des Stadtrates oder gar mit einem Antrag an das Parlament operiert werden. Diese Fr. 25'000.-- sollten belassen werden, um die Sicherheit im Schulhausbereich in Zukunft zu gewährleisten. Massnahmen, die zur einer Sperrung der Stokarbergstrasse führen, bedeuten unter Umständen eine sehr langwierige Umsetzung. Es können jederzeit Fahrverbotsschilder aufgestellt werden, die garantiert diverse Beschwerden und Einsprachen zur Folge haben und weitere Lösungsansätze unnötig verzögern. Eine

einfache Sofortmassnahme muss jetzt erfolgen, vor allem zur Sicherheitsgewährleistung des Schulhausbereiches der Steig-Schule. Ich versichere Ihnen, dass der auch von der GPK eingebrachte Vorschlag, ein *Gesamtkonzept* zu erarbeiten, rasch an die Hand genommen wird, unabhängig davon, ob Sie für Streichung oder Beibehalten des zur Diskussion stehenden Betrages stimmen werden. Ich möchte Sie jedoch schon heute darauf aufmerksam machen, dass bei einer Ausschreibung Einsprachen erhoben werden können, die allenfalls die Umsetzung des gesamten Verkehrsberuhigungskonzeptes in die Länge ziehen. “

Walter Hotz (FDP):

”Es war interessant, den verschiedenen Voten zuzuhören. Wahrscheinlich bin ich der Einzige, der dort oben wohnt. Wenn der Stadtrat jetzt sagt, er müsse wieder ein Gesamtkonzept erstellen, empfehle ich Ihnen, das Konzept Ihres Mitarbeiters Hansjörg Müller anzusehen, das seit 2 Jahren bereits “pfannenfertig” vorliegt. Damals wurde alles gründlich untersucht. Es muss nur nochmals geprüft werden, welche Massnahmen realisiert werden können und welche nicht. Wir müssen endlich aufhören, immer wieder Projekte zu lancieren, Konzepte zu erstellen, diese danach zu schubladisieren und schlussendlich nie etwas zu realisieren. “

Urs Tanner (SP):

”Ich habe jetzt ganz kurz doch noch etwas “Blut” gerochen. Sie hatten die Gelegenheit, zu einem *Ja* den Antrag von Kollegin Keller zu hören, unterstützt vom Votum von Edgar Zehnder als Strassenbaufachmann. Sie hatten ebenfalls Gelegenheit, die Ausführungen der GPK in Richtung eines Gesamtkonzeptes zu unterstützen. Und hier könnten Sie bereits sehen - es ist zwar nicht das Thema von heute Abend - wie ein richtig verstandenes Road pricing funktionieren und der Schleichverkehr auf die Hälfte reduziert werden könnte! “

SR Peter Käppler:

”Zu Walter Hotz möchte ich nur kurz erwähnen, dass das Gesamtkonzept von der GPK verlangt worden war. Ich weiss, dass wir das Konzept jederzeit aus der Schublade nehmen können und habe ja gesagt, dass die Zahlen dazu vorhanden sind. Die Problematik bei dessen Umsetzung bleibt - wie bereits erwähnt - bestehen. Präsentieren können wir das Projekt ohne weiteres innerhalb von einem bis zwei Monaten. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst mit Stichentscheid des Ratspräsidenten den von Mariann Keller (SP) gestellten Antrag mit 23 : 22 Stimmen gut.

Marianne Schwyn (SP)

Zu Seite 87

7890 Umweltschutz

7899 Stadtökologie

”Wie dem Bericht zum Voranschlag 2007 zu entnehmen ist, liegt das Budget für die Positionen 7890 und 7899 insgesamt nominal auf dem Stand von 1992, real sogar um die Teuerung tiefer. Ein Teil der Teuerung und der Aktivitäten konnte zwar von den städtischen Werken aufgefangen werden, einige Projekte wurden jedoch nicht realisiert. Die kürzlich erschienenen Berichte zur Zukunft unseres Planeten, darunter der Klimareport des Engländers Nicholas Stern oder der Weltenergieausblick der Internationalen Energiebehörde haben einmal mehr deutlich gemacht, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Der Klimawandel mit all seinen Folgen wird

sich in den nächsten Jahren laut Prognosen drastisch beschleunigen. Nachdem nun auch längst erwiesen ist, dass sich Investitionen in diesem Bereich auch wirtschaftlich lohnen, fragt es sich, ob wir es uns tatsächlich leisten können, unser Budget für den Umweltschutz und die Stadtökologie auf dem Stand von 1992 sozusagen zu plafonieren. Meiner Meinung nach sollte hier investiert und nicht gespart werden. Gerade als so genannte Energiestadt sollten wir ein Zeichen setzen und das Budget für den Umweltschutz und die Stadtökologie im Jahr 2008 deutlich erhöhen. “

Zu Seite 97:

Peter Möller (SP)

9000 Gemeindesteuern

400.000 Einkommens- und Vermögenssteuer:

”Ich spreche zu der von der GPK beantragten Änderung auf Fr. 106 Mio. Bisher habe ich keine überzeugende Begründung für die zusätzlichen 3 Millionen bei den Einkommens- und Vermögenssteuern gehört. Dies wäre aus meiner Sicht aber notwendig, da sie ja das Fundament für die Steuerfussenkungsanträge der bürgerlichen Parteien bilden. Sie werden mir Recht geben, dass auf unsicherem Fundament Basierendes einen schlechten Stand hat. Das einzige Argument, welches ich vernommen habe, betraf die Einnahmenprognosen 2006 auf Seite 8 der Botschaft des Stadtrates. Hier gilt es aber zu beachten, dass - wenn wir uns an dieser orientieren, wie es die GPK-Mehrheit anscheinend tut - zwar ein Mehrertrag bei den juristischen Personen zu erwarten ist, jedoch stehen diesem deutliche Mindereinnahmen bei den natürlichen Personen gegenüber, so dass wieder die alte Summe resultiert. Ich halte mich daher an die Fakten, welche ich Ihnen hier gerne nochmals ausbreite, allenfalls in Erinnerung rufe: Der Kanton geht in seinem Budget bei den Einkommens- und Vermögenssteuern steuersatzbereinigt von einer Steigerung von rund 6% aus. Der Stadtrat budgetiert ein wenig vorsichtiger und nimmt eine steuerfussbereinigte Entwicklung von plus 5% an. Die Mehrheit der GPK hat nun den Betrag der Einkommens- und Vermögenssteuern - aus mir nicht nachvollziehbaren Gründen - um drei, respektive 2 Millionen erhöht. Ich gehe davon aus, dass bei einer Steuerfussenkung diese wieder zu korrigieren wäre. Dies bedeutet, dass die GPK-Mehrheit von steuerfussbereinigten Mehreinnahmen in Höhe von 8,1% ausgeht und damit 2,1% über der Annahme des Kantons liegt. Woher diese zusätzlichen Einnahmen kommen sollen, ist mir schleierhaft. Mein Fazit: Die Entwicklung der Steuereinnahmen wurde durch den Stadtrat zwar vorsichtig, aber durchaus realistisch in Übereinstimmung mit dem Kanton budgetiert. Insbesondere wurde auch die positive wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigt. Die übrigen “Schraubereien” stellen für mich reine Taschenspielertricks dar. Ich bitte Sie daher, beim vom Stadtrat budgetierten Betrag zu bleiben. Es ist mir klar, dass es schwierig ist, von bereits öffentlich geäußerten Standpunkten abzuweichen. Aber ich hoffe doch nicht, dass die Mehrheit dieses Rates nach dem Prinzip funktioniert: Ich habe meine Meinung, verwirren Sie mich nicht durch Fakten. Berücksichtigen Sie die *tatsächlichen* Fakten und lehnen Sie deshalb den Antrag der GPK-Mehrheit ab. “

SR Veronika Heller:

”Ich habe beim Eintreten im Namen des Stadtrates einen Antrag gestellt, nämlich den Antrag um eine Million Erhöhung bei den juristischen Personen, insgesamt also auf Fr. 104 Mio. Ich wäre froh, wenn sich Peter Möller diesem Antrag anschliessen könnte, weil es dem entspricht, was der Kanton uns schriftlich als Prognose mitgeteilt hat. “

Peter Möller (SP):

"Somit wären wir bei gleicher Entwicklung wie der Kanton, nämlich bei 6% zusätzliche Steuereinnahmen. Ich schliesse mich dem Antrag des Stadtrates an. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst mit 25 : 22 Personen den GPK-Antrag auf Erhöhung der Steuereinnahmen der juristischen und natürlichen Personen auf Fr. 106 Mio. gut.

IV. Investitionsrechnung ab Seite 103 bis 117

Der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, verliest den Voranschlag 2007 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, **IV. Investitionsrechnung, Seite 103 bis 117.**

Wortmeldungen:

Zu Seite 108

Christoph Lenz (AP)

301 Museum

503.310 Sicherheitseinrichtungen:

"Ich höre von einem GPK-Mitglied, dass diese Sicherheitseinrichtungen auch die Anschaffung von Überwachungskameras beinhalten und möchte vom Stadtrat wissen, wie er dies nach dem ziemlich unzweideutigen Volksentscheid gegen die Installation von Videoüberwachungskameras vom vergangenen Mai machen will oder ob er gedenkt, via Budget Volksentscheide auszuhebeln. Wie ist dies mit der Polizeiverordnung in Einklang zu bringen? "

SR Thomas Feurer:

"Der Stadtrat ist es sich nicht gewohnt, solche Praktiken anzuwenden. Seit meiner 10jährigen Tätigkeit im Stadtrat hat er noch nie versucht, via Budget Volksentscheide auszuhebeln, und wir werden dies auch dieses Mal nicht. Es geht darum, dass im Museum die grössten Werte dieser Stadt ausgestellt werden, und wir auch die Verpflichtung haben, diese Werte entsprechend zu sichern. *Wie* ist noch nicht entschieden. Es sind keine Kameras, Filme oder Safes zur Aufbewahrung von Aufnahmen bestellt worden. Wir haben mit den verantwortlichen Stellen Kontakt aufgenommen um festzustellen, in welchem Umfeld und Rahmen solche Sicherungsmöglichkeiten überhaupt installiert werden können. Der kantonale Datenschutzbeauftragte ist ebenfalls involviert, und ich kann Ihnen versichern, dass nichts Ungesetzliches geschehen wird. In St. Gallen zum Beispiel ist der ganze Klosterbereich und die Stiftsbibliothek mit Videokameras gesichert, ebenso wenn ich mich mit dem Auto oder zu Fuss bewege, was mir persönlich zwar nicht passt. Ich versichere Ihnen, dass wir die gesetzliche Basis in jedem Fall respektieren werden und keinerlei gesetzeswidrige Massnahmen ergreifen werden. "

Zu Seite 116

Thomas Hauser (FDP)

942 Liegenschaften des Finanzvermögens

703.116 Kammgarnareal, Trakt Baumgartenstrasse

"Ich beziehe mich auf das Votum von Martin Egger im Zusammenhang mit den Hallen für neue Kunst. Im Voranschlag 2006 waren Fr. 200'000.-- budgetiert und ich frage nun, ob diese Arbeiten ausgeführt wurden und wann die Signalisationsabteilung in diesem Trakt einziehen wird. Oder kann zugunsten der

Hallen für neue Kunst aufgrund der neusten Entwicklungen von einer Fehlinvestition gesprochen werden? “

SR Peter Käppler:

”Die Arbeiten wurden ausgeführt und der Trakt ist bezugsbereit. Einem Umzug steht somit nichts im Wege. Es ist eine Neuentwicklung mit den Hallen für Neue Kunst entstanden und weitere Abklärungen sind die Folge davon. Von einer Fehlinvestition kann meiner Ansicht nach nicht gesprochen werden. Auch wenn dort nicht der definitive Standort wäre, müsste als Zwischenlösung ein Einzug der Signalisationsabteilung in Erwägung gezogen werden. Die Sanierung des Stadthausgevierts mit dem Stadtbüro muss als eines der wichtigen Projekte - dies wurde bereits in der Beantwortung der Interpellation von Theresia Derksen erwähnt - vorangetrieben werden, die von der Signalisationsabteilung genutzten Räumlichkeiten müssen zur weiteren Verfügung stehen. Die Vergabe des Gebäudes an die Hallen für neue Kunst erfolgt voraussichtlich durch eine Volksabstimmung. “

Christian Hablützel (SP):

”Ich möchte dem Stadtrat Mut zusprechen und sehe es nicht gerne, dass unter der Position 942 so wenig Bewegung stattfindet. Obwohl noch kein Konzept für Devestitionen vorliegt, resultieren zwar Nettoeinnahmen. Ich ermutige den Stadtrat, wirtschaftlich aktiv zu werden und nicht nur bei Verkäufen, sondern auch bei Zukäufen Mut zu zeigen. Zur Erinnerung möchte ich festhalten, dass das Konzept, welches wir auch in einer Motion gefordert haben, noch fehlt. Damit würden diese Geschäfte im Rat wesentlich einfacher zu diskutieren sein. “

SR Peter Käppler:

”Ich kann Sie beruhigen, Sie werden spätestens in der Rechnung 2006 sehen, dass bereits einige Zukäufe getätigt wurden, vor allem strategische Grundstücke, die zur Realisierung von gewissen Projekten, wie zum Beispiel die Verlagerung der Werkhöfe wichtig sind. Der Rahmenkredit ist deshalb an einem Tiefpunkt angelangt, und wir müssen mit Verkäufen Geldmittel einholen. Unser Auftritt im Immobilienmarkt ist durch die beschränkten Finanzen relativ schwach. “

Urs Tanner (SP):

”Die Motion Schöttle/Hablützel enthielt einen Auftrag. Meine Frage lautet: Wie steht es damit? “

SR Peter Käppler:

”Bericht und Antrag gehören zum Thema Immobilienbewirtschaftung und erfolgen zu gegebenem Zeitpunkt durch den Stadtrat. “

V. Spezialfinanzierungen ab Seite 120 bis 130

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

VI. Stiftungen und Legate ab Seite 132 bis 143

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

VII. Spezialverwaltungen ab Seite 147 bis 158

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

VIII. Stiftung Impuls ab Seite 161 bis 165

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

IX. Betriebe: Gaswerk, Elektrizitätswerk, Wasserwerk und Verkehrsbetriebe, ab Seite 170 bis 205

Gaswerk: Seite 170 - 177

Elektrizitätswerk: Seite 179 - 187

Wasserwerk: Seite 189 - 197

VBSH: Seite 199 - 205

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

II. Sachgruppenstatistik ab Seiten 7 bis 10

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

I. Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung Seite 3

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Botschaft des Stadtrates und Anträge:

Der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, verliest die Seiten 1 bis 10 (bis zu den Anträgen).

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

ANTRÄGE:

Urs Tanner (SP) erkundigt sich beim Ratspräsidenten, ob die von den Fraktionen zu erwartenden unterschiedlichen Varianten zu den von der GPK und dem SR bereits gestellten Anträgen gemäss Geschäftsordnung §43 als *Unterabänderungsanträge* oder als *Hauptanträge* definiert werden. Es liege im Kompetenzbereich des Ratspräsidenten eine klare Definition festzulegen. Das Prozedere wäre unterschiedlich.

Dr. Paul Bösch (OeBS) informiert, dass allfällige Anträge in Absprache mit der Stadtkanzlei gemäss §43 der Geschäftsordnung als Hauptanträge zu werten sind, weil sie zum gleichen Thema gehören und somit auch gleichwertig zu gewichten sind. Je nach Anzahl der gestellten Anträge wird sich das Abstimmungsprozedere entsprechend gestalten.

Der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, verliest die Anträge wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Voranschlag für das Jahr 2007 wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Fassung Stadtrat:

Der Gemeindesteuerfuss wird auf 107% festgesetzt und gemäss Art. 11 lit b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

2. Fassung GPK:

Der Gemeindesteuerfuss wird auf 105% festgesetzt und gemäss Art. 11 lit b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Kurt Zubler (SP):

"Die SP/AL-Fraktion stellt folgenden 3. Antrag: Belassen des Steuerfusses bei 108%. Wir plädieren für eine nachhaltige Sanierung der Stadtfinanzen, einen Schuldenabbau und eine Erhöhung des Eigenkapitals, um kurz- und langfristige Investitionen der Stadt Schaffhausen sichern zu können. Ich möchte zur Illustration ein Beispiel aufführen: Kürzlich war ich in der Stadt Biel, welche als Werbung für Neuzuzüger nicht etwa einen tiefen Steuerfuss, sondern als Standortvorteile den Schuldenabbau in den letzten Jahren sowie die Äufnung des Eigenkapitals auf den Betrag von Fr. 60 Mio. aufführt, weil damit nachhaltig, gezielt und schnell investiert werden kann. Wir möchten den gleichen Weg beschreiten und beantragen Ihnen deshalb, im Sinne der diskutierten Forderungen am Steuerfuss von 108% festzuhalten. "

Werner Schöni (SVP):

"Ich habe bereits angekündigt, dass ich mir vorbehalte, einen Antrag zu stellen, was ich jetzt auch tun werde. Zeichen werden überall und klar gesetzt. Ich bin dafür, dass dies auch in der Stadt Schaffhausen gemacht werden muss. Es geht für mich nicht um die Diskussion über eine *kantonale* Steuerfussenkung, wie heute Abend gesagt wurde, sondern wir behandeln hier und heute das *Budget der Stadt*, wo wir Zeichen setzen müssen. Ich beantrage Ihnen hiermit – und dies habe ich eingangs bereits begründet - eine Steuerfussreduktion um 5 Punkte. "

SR Veronika Heller:

"Ich werde keinen weiteren Antrag stellen, sondern den vom Stadtrat bereits gestellten wiederholen. Auch ich habe bereits ausführlich darlegt, weshalb es nicht wünschenswert und auch nicht seriös wäre, ohne Korrektur des Budgets vom Steuerfuss von 107% abzuweichen. Was ich jedoch zusätzlich machen möchte, ist das Votum des GPK-Präsidenten korrigieren. Die Voraussetzung, einer Einladung des Regierungsrates folgen zu können, ist, dass man diese Einladung auch erhält. Sie ist bei mir jedoch nie angekommen. Ich habe mich bei Regierungsrat Heinz Albicker entschuldigt. Es ist auch nicht notwendig, meinerwegen eine Extrarunde einzuschalten, weil Schaffhausen, Neuhausen und Thayngen extra eingeladen werden, da es sich für diese Gemeinden nicht um allgemeine Themen handelt, sondern um das Einschätzen und Ausloten der wirtschaftlichen Situation der einzelnen Firmen. Für das Jahr 2008 müssen wir mit massiven Einbussen rechnen, deren Entwicklung nur sehr schwer voraussehbar ist. Deshalb wäre es höchst unvorsichtig, jetzt den Steuerfuss mehr als vom Stadtrat vorgeschlagen zu senken. Wie schon in früheren Jahren hat der SR dieses Jahr auch einen kleinen Schritt gemacht. Die in den nächsten Jahren zu bewältigenden Investitionsvorhaben sind sehr gewichtig, der Baureferent kann Ihnen vielleicht anschliessend einige davon in Erinnerung bringen. Die Finanzierung davon scheint Sie aber nur wenig zu interessieren. Verständlicherweise werden Projekte wie zum Beispiel die Verstärkung der Kinderbetreuung unterstützt und zur Attraktivierung des Wohnens im Alter werden von der Stadt Leistungen erwartet. Mit einer Steuerfussenkung um mehr

wie einen Punkt werden diese Vorhaben aber tatsächlich in Frage gestellt. Ich bitte Sie deshalb, dem Vorschlag des Stadtrates von 107% zuzustimmen. “

Dr. R. Rohner (FDP):

”In realistischer Einschätzung der Situation und aufgrund dessen, dass wir bereits verschiedene Varianten zur Verfügung haben und darüber abstimmen sollen, aber auch in Pflicht stehen, mehrheitsfähige Lösungen durchzusetzen, unterstützt die FDP/jungfreisinnige Fraktion nach wie vor den Antrag der GPK als realistisch und sinnvoll.“

SR Peter Käppler:

”Ich möchte kurz zu den von der Finanzreferentin erwähnten Investitionen sprechen. In unseren Vorberatungen über die Höhe der im Budget 2007 vorzuschlagenden Investitionen haben wir deren Finanzierungsmöglichkeiten abgeklärt. Im Sinne der Drittelslösung haben wir verschiedene Investitionen für das Jahr 2008 aufgeschoben, obwohl bereits für 2007 dringender Bedarf bestehen würde. Als Folge der vorgeschlagenen Steuerfussreduktionen werden der Stadt für das Jahr 2008 finanzielle Mittel entzogen. An der Klausurtagung des Stadtrates im Januar 2007 werden wir nochmals über die 2008 anstehenden Investitionen diskutieren. Dem Betrag von Fr. 9,6 Mio. Eigenfinanzierung steht der erschreckend hohe Gesamtinvestitionsbedarf von rund Fr. 40 Mio. gegenüber. Nach einer ersten Priorisierung beläuft sich der Betrag weiterhin auf rund Fr. 30 Mio. Wenn weitere Geldmittel durch eine Steuersenkung entfallen, müssen gewisse Investitionen zurückgestellt werden. Dies bedeutet, dass sich zwangsläufig ein “Investitionsstau” bildet. Neben dem „normalen“ Gebäudeunterhalt, den wir zur Substanzerhaltung der Gebäude machen müssen, stehen auch viele Neuprojekte auf der Wunschliste für 2008, wie zum Beispiel: Schulraumplanung mit neuen Schulhäusern (Breite), Sanierung von Schulhäusern, Turnhallen, Kindergärten und öffentlichen Toilettenanlagen, neues Eisbahndach in der KSS, Sanierung des Künzleheims, Platzgestaltung Freier Platz/Alpenblick, Sanierung des Stadthausgevierts/Stadthaus, Veranstaltungshalle, Hallensportzentrum, Fussball- und Kunstrasenplätze sowie erste Schritte im Zusammenhang mit der IGA2017 und Attraktivierung des Rheinufers. Sie können selbst entscheiden, welche dieser Projekte Sie als nicht wichtig einstufen. Der Stadtrat beurteilt *alle* als wichtig. Wenn Sie allerdings dem Stadtrat Geldmittel durch Steuerfussenkungen entziehen, müssen Sie uns einfach auch mitteilen, wie dies alles finanziert werden soll. Ich bitte Sie, diese Inputs aus dem Baureferat bei Ihrer Entscheidung mit zu berücksichtigen.“

Alfred Zollinger (SVP):

„Mir kommt bald das Augenwasser. Trotzdem bin ich der Meinung, dass heute Abend das Budget 2007 und nicht dasjenige des Jahres 2008 zur Debatte steht. Zu 2008 möchte ich kurz anfügen, dass innerhalb des Projektes PASS Handlungsbedarf besteht, entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Ich möchte Ihnen im Zusammenhang mit dem von mir präsentierten und ausführlich kommentierten Zahlenmaterial beliebt machen, dem GPK-Antrag einer Steuerfussenkung auf 105% zuzustimmen.“

Es werden keine weiteren Wortmeldungen gewünscht.

Ratspräsident Dr. Paul Bösch (OeBS) erklärt das nun folgende Abstimmungsprozedere. Gemäss §43 der Geschäftsordnung wird über jeden der vier vorgeschlagenen Anträge einzeln abgestimmt. Jedes Ratsmitglied darf *einem* dieser Anträge *eine* Stimme geben.

Bernhard Egli (OeBS) stellt Antrag auf Namensaufruf, der vom Grossen Stadtrat gutgeheissen wird.

Zur Auswahl stehen folgende 4 Anträge:

1. SVP-Antrag: Steuerfussenkung auf 103%
2. GPK-Antrag: Steuerfussenkung auf 105%
3. SR-Antrag: Steuerfussenkung auf 107%
4. Antrag Teile der SP/AL-Fraktion: Belassen des Steuerfusses auf 108%

Werner Schöni (SVP) zieht in der Folge aufgrund der gegebenen Umstände seinen Antrag auf Steuerfussenkung auf 103% zurück. Es stehen somit noch 3 Steuerfussvorschläge zur Abstimmung.

Der Grosse Stadtrat stimmt unter Namensaufruf mit folgendem Resultat über die zur Verfügung stehenden 3 Anträge ab:

- | | |
|--------------------------------|------------|
| 1. GPK-Antrag 105%: | 25 Stimmen |
| 2. SR- Antrag 107%: | 9 Stimmen |
| 3. Antrag SP/AL-Fraktion 108%: | 15 Stimmen |

Abstimmung:

Das absolute Mehr von 25 Stimmen bezüglich Festlegung des Gemeindesteuerfusses hat im ersten Wahlgang der GPK-Antrag erreicht. Der Gemeindesteuerfuss wird somit auf 105% festgesetzt.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, nimmt die unterbrochene Verlesung der Anträge wie folgt auf:

ANTRÄGE:

3. Antrag SR:

Die Lohnsummentwicklung wird gemäss Art. 19 Absatz 2 Personalgesetz mit 2% festgelegt.

3. Antrag GPK:

Die Lohnsummenentwicklung wird gemäss Art. 19 Absatz 2 Personalgesetz mit 2,1 % festgelegt.

SR Veronika Heller klärt auf, dass sich der Stadtrat dem Antrag der GPK angeschlossen hat. Somit entfällt die Abstimmung.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

4. Die folgenden Ausgaben werden gemäss Art. 11 lit. d der Stadtverfassung einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt:

Wiederkehrende Ausgaben der Laufenden Rechnung:

0290.362.200 Verein Agglomeration Schaffhausen

Fr. 27'300.--

8400.365.911	Wohnumfeldverbesserung	Fr. 30'000.--
Einmalige Ausgaben der Investitionsrechnung:		
570.503.508	AH am Kirchhofplatz, Sanierung Dachgeschoss	Fr. 480'000.--
620.565.002	IWC, Baubeitrag Neugestaltung Baumgartenstrasse	Fr. 250'000.--
621.506.100	Reinigung Unterhalt Winterdienst, Anschaffung Fahrzeuge	Fr. 409'000.--
721.506.100	Kehricht- u. Sperrgutabfuhr, Anschaffung Fahrzeuge	Fr. 570'000.--
721.506.208	Kehricht- u. Sperrgutabfuhr, zentrale Abfall-Entsorgungsstellen	Fr. 280'000.--
721.506.210	Kehricht- u. Sperrgutabfuhr, neue Abfallbehälter	Fr. 300'000.--
780.503.780	Öffentliche Toilettenanlagen Güterhof Gesamtsanierung	Fr. 220'000.--
819.503.810	Brennholz-Lagerhalle beim Forststützpunkt Engweiher	Fr. 300'000.--
942.703.101	Nebengebäude Granatenbaumgut, Gesamtsanierung	Fr. 450'000.--
942.703.118	Münsterplatz 31, Sanierung für Betriebs- und Konkursamt	Fr. 600'000.--

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

5. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2007 benötigten fremden Mittel zu beschaffen.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst das Budget 2007 und die Anträge gemäss festgehaltenem Abstimmungsresultat mit 25 : 23 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT DES RATSPRÄSIDENTEN

Während der Sitzung wurde die fraktionsübergreifende Motion mit dem Titel "Aufwertung der Parlamentsarbeit" von Peter Neukomm (SP), datiert 14.11.06, eingereicht. Diese wird auf der nächsten Traktandenliste erscheinen.

Die nächste Ratssitzung findet am 28.11.06, um 17.00 Uhr, statt.

Der Ratspräsident beendet die Sitzung um 21:29 Uhr.

Die Ratssekretärin:
Gabriele Behring-Hirt

Schaffhausen, 28.11.06